

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Geld prägt Gesellschaft – Gesellschaft prägt Geld

Strukturen der Nähe als Antwort auf die Wirtschaftskrise
Sechzig Jahre Grundgesetz und unerledigte Aufträge
Grundeinkommen – oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?

Liebe Leserinnen und Leser,



haben Sie es schon bemerkt? Unsere Zeitschrift hat ein neues Layout und ist nun durchgehend farbig! Wahrscheinlich hatte sich unser altes Layout, das wir in der Form seit vier Jahren hatten, schon so bei Ihnen eingepägt, dass Ihnen direkt etwas anders oder neu vorkam.

Wenn sich schon das Bild einer vierteljährlichen Zeitschrift bei den Lesern einprägt, wie sehr prägt sich dann erst unser Geld bei uns ein, das wir meist täglich verwenden? Wie sehr wir mit dem Geld vertraut sind, wurde uns bei der Einführung des Euro deutlich. Die liegt nun schon über sieben Jahre zurück, aber es soll immer noch Menschen geben, die in DM umrechnen. Beim Geld hängt eben auch sehr viel mehr daran, als nur der Wechsel von den altbekannten Gesichtern auf den Scheinen zu den aktuellen Motiven aus der Architektur.

Jetzt in der Finanzkrise wird vielen stärker bewusst, wie sehr unser aller Leben vom Geld geprägt und – ja, sogar: – beherrscht wird. Und selbst diejenigen, denen ihr Geld bisher zu einer gewissen Freiheit verholfen hat, werden nun unter Umständen damit konfrontiert, dass diese Freiheit nichts Absoluten, immer Währendes ist. Plötzlich gerät die Welt immer mehr aus den Fugen und man ahnt, dass sich etwas grundlegend ändern muss.

Uns von der INWO ist das nur recht, denn uns war klar, dass die Umstellung auf den Euro keine wirklichen Verbesserungen bringen würde. Die Regeln des Geldes sind ja weitestgehend die alten geblieben. Doch nun wird deutlich: Wir brauchen neue Regeln, damit das Geld ein hilfreiches Mittel ist, aber seine beherrschende Macht verliert. So freuen wir uns, dass jetzt Ökonomen wie Greg Mankiw und Willem Buiter und sogar Notenbanker über Negativzinsen diskutieren.

Die Initiative Omnibus für Direkte Demokratie hat gerade ein neues Flugblatt entwickelt auf dem es heißt: »Die Demokratiefrage ist die Geldfrage – die Geldfrage ist die Demokratiefrage«. Ja, so ist es: Demokratie und Geldwesen bedingen sich gegenseitig und es ist an uns, diese beiden Ordnungen so einzurichten, dass alle damit gut leben können.

Was die INWO so alles tut, um diese Einsicht weiter zu verbreiten, können Sie insbesondere auf den Seiten 12-18 nachlesen. Und vielleicht sind auch Sie motiviert unsere Arbeit zu unterstützen? Dann freuen wir uns auf Rückmeldungen!

Herzliche Grüße,

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne

kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Inhalt

- 3 Strukturen der Nähe als Antwort auf die Wirtschaftskrise
- 4 Sechzig Jahre Grundgesetz und unerledigte Aufträge
- 6 Geld prägt Gesellschaft – Gesellschaft prägt Geld
- 8 Medienspiegel
- 9 Das Tahiti-Projekt – ausgezeichnet, erforscht und auf dem Weg nach Hollywood
- 10 Wissenschaftliche Vertiefung der Geld- und Bodenreform
- 11 Interview mit Pierre Güntert, dem ehemaligen Präsidenten der INWO Schweiz
- 12 INWO Schweiz (u.a. Bericht von der Generalversammlung)
- 15 INWO Deutschland (u.a. Bericht von der Mitgliederversammlung)
- 18 Termine + Seminarangebot der INWO
- 19 Bedingungsloses Grundeinkommen – oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 5. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2009, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: Beate Bockting (V.i.S.d.P.), Frank Böhner, Jens Hakenes, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.500 Exemplare; davon 700 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: fotolia.com, ©KENCKOphotography; INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Unterguggenberger Institut Wörgl; 4: Mehr Demokratie e.V.; 5: Deutsche Bundesbank; 6: photocase.com, © juttaschnecke; 7: <http://www.neuesgeld.com>; 8: Frankfurter Geldkongress; 9: Tahiti Tourisme; 11: Jens Hakenes; 12: Jens Hakenes; 15: Erich Lange; 17: Erich Lange; 18: fotolia.com, © Joss; 19-22 Helmut Creutz; 23: Eugen Kment, www.eugenartig.com

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Druckerei Neumann, Landshut

Herausgeberin & Abo-Kontakt: INWO Deutschland e.V., Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GEN0 DE M 1 GLS

Strukturen der Nähe

als Antwort auf die Wirtschaftskrise

»Ausprobieren statt jammern!« lautet das Motto in der Vorarlberger Gemeinde Langenegg. Zur Sicherung der Nahversorgung wird dort seit gut einem Jahr eine regionale Gutscheinswährung verwendet – das Ergebnis überzeugt.



Worauf vertraut der Mensch – auf das Geld oder auf die Gemeinschaft? Die globale Verunsicherung durch Bankenpleiten und Wirtschaftskrise gibt derzeit Initiativen Rückenwind, die sich auf die Stärken der eigenen Regionen besinnen und sich dazu ergänzender Währungssysteme bedienen. Regiogelder zählen dazu ebenso wie Tauschsysteme.

Als vor Jahren im 1.100 Einwohner zählenden Dorf Langenegg im Bregenzerwald klar wurde, dass das Lebensmittelgeschäft bald zusperren würde, setzte das Umdenken in der Bevölkerung ein. Die Sicherung der Nahversorgung wurde erstes Anliegen der Bürgerbewegung »Lebenswert Leben« und der Gemeindeführung, die im Talente-Tauschkreis Vorarlberg einen kompetenten Partner für ihr innovatives Projekt fand.

»Lebensmittelketten hatten kein Interesse, hier eine Filiale zu betreiben. So errichtete die Gemeinde selbst den Dorfladen«, be-

scheidet, erhält beim Einkauf fünf Prozent Rabatt«, schildert Moosbrugger die Umsetzung des Gemeinde-Geld-Projektes und freut sich, dass bereits 15 % der Haushalte ein Abo bestellt haben.

Die Gemeinde akzeptiert die Talent-Gutscheine für Mieten und Gebühren und schüttet Fördergelder für Vereine, für den Bau von Solaranlagen oder Bewirtschaftungsprämien für Steilflächen nur mehr in Gutscheinen aus – 30.000 Euro investierte sie damit 2008 in die lokale Wirtschaft.

»2008 wurden Gutscheine im Wert von 63.000 Euro ausgegeben«, teilt Gernot Jochum-Müller, Obmann des Talente-Tauschkreises Vorarlberg mit, der sein System für die Abwicklung des Gutscheingeldes zur Verfügung stellt. Ein Rücktausch in Euro ist mit



Freuen sich über den Erfolg der Langenegger Gemeindegeldwährung: Gernot Jochum-Müller, Obmann des Talente-Tauschkreises Vorarlberg (links) und Georg Moosbrugger, Bürgermeister von Langenegg.

Worauf vertraut der Mensch – auf das Geld oder auf die Gemeinschaft?

richtet Bürgermeister Georg Moosbrugger und betont: »Mit dem Bau allein war es nicht abgetan. Wir wollten das Bewusstsein um die Strukturen der Nähe und den sozialen Zusammenhalt stärken und die Menschen motivieren, auch hier einzukaufen.«

Das gelingt seit Mai 2008 mit den »Langenegger Talenten«. »Damit halten wir die Wertschöpfung im Ort. Der Dorfladen akzeptiert die Talent-Gutscheine im Wert von 1, 5, 10, 50 und 100 Euro, die von der örtlichen Raiffeisenbank sowie vom Postladen ausgegeben werden. Wer sich für ein Gutschein-Abo bis zu 300 Euro monatlich ent-

einem Abschlag von 10 % möglich, wobei für Unternehmen gilt: Wenn die Rücktauschsumme 7.500 Euro übersteigt, erfolgt der Umtausch ohne Abschlag. »Nur ein Betrieb tauscht zurück – der Dorfladen«, weiß Jochum-Müller.

Zur Freude des Ladenpächters Klaus Natter, der eine umsatzabhängige Pacht an die Gemeinde zahlt und mit dem Umsatz sehr zufrieden ist: »Wir hatten den Zielumsatz fürs erste Jahr mehr als erreicht.« Den Abschlag beim Rücktausch sieht er übrigens keinesfalls negativ, sondern als effiziente Werbung für seinen Laden.

Die Gemeinde investierte eine Million Euro in den Bau des Dorfladens und rechnet damit, dass rund ein Viertel dieser Kosten über die Pacht gedeckt wird. Eine Investition in die Gemeinschaft, die sich nur lohnt, wenn sie von den Bürgern auch angenommen wird. Doch nicht nur dabei hilft die Talente-Gutscheinswährung: »Meine Vision ist, dass möglichst viele Leute im Dorf ihr Talent einbringen und dazu auch den Tauschkreis nützen. Wir sollten von der Erledigungsgesellschaft zur Ermöglichungsgesellschaft werden«, wünscht sich der Bürgermeister. Ein Anfang dazu ist gemacht: Die ersten Langenegger Talentgutscheine wurden schon auf Tauschkreisakonten gutgeschrieben. ■

Weitere Infos: www.langenegg.at sowie www.talentierte.at



Veronika Spielbichler ist Obfrau des Unterguggenberger Instituts in der österreichischen Gemeinde Wörgl, das die Erinnerungen an das von Bürgermeister Michael Unterguggenberger initiierte erfolgreiche Freigeldexperiment der Jahre 1932/33 wach hält und Geldreform-Initiativen der heutigen Zeit durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Sechzig Jahre Grundgesetz und unerledigte Aufträge

Das vom Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde nach Zustimmung der Ländervertretungen am 23. Mai 1949 verkündet. Ist seitdem von den Parlamenten alles umgesetzt worden, was sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes vorgestellt hatten?

Das kleine Buch gilt als die beste der politischen Schriften in der Geschichte der Deutschen und hat ihnen zweifellos schon viel Positives gebracht. Es enthält aber auch bedeutsame Willensbekundungen, denen die Volksvertreter bisher nicht oder nur wenig gefolgt sind: Abstimmungen und Sozialpflichtigkeit des Eigentums.

Volksentscheid ins Grundgesetz!

Artikel 20 des Grundgesetzes (GG) sieht nicht nur Wahlen, sondern ausdrücklich auch Abstimmungen vor. Abs. 2 lautet: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Plebiszite lässt das Grundgesetz bisher nur bei der Neugliederung der Länder zu. Für einen Volksentscheid zum Beispiel über eine Verfassung müsste also das Grundgesetz geändert werden. Dazu hat sich anlässlich der Vereinigung beider deutscher Staaten der Bundestag nicht durchringen können. Auch über eine europäische Verfassung bzw. deren Ersatz, den Vertrag von Lissabon, könnte das Volk ohne Änderung des GG nicht abstimmen. Und Art. 146 GG kommt in dem Zusammenhang nicht zum Tragen, weil das GG im Falle einer europäischen Verfassung in Kraft bleibt. Er lautet: »Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

Auch in anderen wichtigen Fragen können die Bürger auf Bundesebene nach wie vor nicht selbst entscheiden. Im Wahljahr 2009 startete die Initiative Mehr Demokratie e.V. daher im Mai eine Kampagne »Volksentscheid ins Grundgesetz!« Auf Länderebene wurden – vor allem durch die Initiative dieses Vereins – bereits bürgerfreundli-



chere Verfahren in NRW, Thüringen, Berlin und Hamburg durchgesetzt, und auf der Gemeindeebene gute Regelungen in Bayern und Hamburg.

Eigentum verpflichtet

Eine weitere Willensbekundung, der in ordnungspolitisch bedeutsamen Punkten bisher nicht nachgekommen wurde, steht im Art. 14 des Grundgesetzes. Absatz 2 lautet: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« – Inwiefern müsste der Gebrauch zum Beispiel von Wohnungseinrichtungen zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen? Beim Eigentum ist zu differenzieren: Ist es von Bedeutung für die Allgemeinheit,

insbesondere für die Schaffung einer freien und sozial gerechten Marktwirtschaft oder nicht? Relevant für die Allgemeinheit sind Boden und Geldkapital.

Boden ist ein knappes lebensnotwendiges Gut. Alle Menschen sind auf ihn angewiesen, auf die Früchte und Schätze des Bodens ebenso wie auf seine Funktion als Wohn- und Arbeitsfläche. In Deutschland hat fast die Hälfte der privaten Haushalte Bodeneigentum. Sie ist ordnungspolitisch privilegiert, und das nicht nur, weil sie leichter Kredite erhalten kann. Viele Bodeneigentümer konnten hohe Bodenwertzuwächse genießen. Von 1950 bis 1970 zum Beispiel gab es bei privaten Grundstücken insge-

**Sechzig Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes
fehlen immer noch Rahmenbedingungen, die auf Dauer eine soziale Marktwirtschaft gewährleisten würden.**

samt einen Wertzuwachs von über 400 Mrd. DM. Der Wert der Wohngrundstücke stieg von 1950 bis 1985 auf das 42-Fache an. Die größten Gewinne wurden mit der Umwandlung von Acker- und Wiesenland in Bauland gemacht. Und private Grundeigentümer in der alten BRD erzielten zum Beispiel im Jahre 1986 ca. 60 Mrd. DM aus der Grundrente. (Zum Vergleich: Der Verteidigungshaushalt betrug 50 Mrd. DM.) All das hat die Parlamente nicht dazu bewegen können, ein sozial verträgliches Bodenrecht zu schaffen, zum Beispiel durch Einführung einer reinen Bodensteuer, einer Besteuerung in Höhe der erzielbaren Bodenrente.

Seit Jahrzehnten werden nicht einmal marktgerechte Grundsteuern erhoben. Deswegen hat das Bundesverfassungsgericht 1995 die Vermögenssteuer für rechtswidrig erklärt. Die verschiedenen Vermögensarten wurden nicht gerecht bewertet: Aktien und Festgeld nach Marktwerten, Immobilien hingegen nach längst überholten Einheitswerten. Das war ungerecht. Die Vermögenssteuer wurde daher abgeschafft, und bisher hat es keine Regierung unternommen, die Einheitswerte neu feststellen zu lassen, um dann die Vermögenssteuer wieder einführen zu können.

Dient Geldkapital dem Wohl der Allgemeinheit?

Ohne Kreditvergaben, ohne Verschuldung kein Wirtschaften. Kapital solle allen zu Diensten sein, hat der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache 2008 gesagt. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Geldkapital fließt dahin, wo Zinsen und Renditen winken. Grundsätzlich unterbleiben auch dringend notwendige Arbeiten, wenn mit ihnen kein Geld für die Zahlung der Schuldenzinsen erwirtschaftet werden kann. Der Produktionsfaktor Arbeit ist dem kapitalistischen Rentabilitätsdenken gegenüber nachrangig. Arbeit wird in den meisten Fällen nur dann bezahlt, wenn sich die Investition in die Arbeitsplätze rentiert.

Geldvermögen wachsen über Jahrzehnte exponentiell, vor allem durch den Zinseszineffekt. Ständiges prozentuales Wachstum führt zum Inangsetzen der Exponentialfunktion, d.h. nach einer Anzahl von Jahren – je nach Höhe des Prozentsatzes – zur Verdoppelung des Ausgangswertes, und dies in der Folge jeweils vom inzwischen erreichten Niveau aus (wie das Wachstum der Zahlenreihe 2, 4, 8, 16, 32 usw.). In der alten BRD zum Beispiel betrug das Geldvermögen der privaten Haushalte im Jahre 1969 0,5 Bill. DM. Im Jahre 2007 hatten sie in Deutschland 4,56 Bill. Euro erreicht. Schuldenberge sind die Kehrseite der Medaille. Zur Bedienung der Geldvermögen



„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus...“ wurde nach 50 Jahren Grundgesetz zum Gedenken in Silber geprägt – und wir... sind nach 60 Jahren immer mehr vom Geldsystem geprägt.

mit Zinsen sind natürlich in entsprechendem Umfang Verschuldungen erforderlich. Das lawinenartige Wachstum der Geldvermögen und Schulden ist aber mit dem der realen Wirtschaft auf Dauer unvereinbar. Sie allein kann die nötigen Schulden- und Zinslasten schon längst nicht mehr tragen. Bei einem Überangebot an Geldkapital müssten zum Wohle der Allgemeinheit Zinsgewinne bzw. Kreditzinsen gegen null sinken können, ausgenommen die Zinsbestandteile Bankmarge und Risikoprämie, und es dürfte nicht möglich sein, Kapital vom Markt zurückzuhalten und/oder unbegrenzt dem Währungsraum zu entziehen. Ohnehin profitiert letztlich nur eine reiche Minderheit vom Zinsprinzip: Sie erzielt mit ihren großen Geldvermögen mehr Zinsgewinne als sie Zinsen bezahlen muss. Bei der großen Mehrheit ist es umgekehrt, sie hat über Steuern, Preise und Mieten mehr Zinslasten zu tragen als sie mit ihren weit geringeren Geldvermögen Zinsgewinne erzielen kann. Wer viel hat, bekommt viel dazu – rein geldordnungsbedingt, nicht für eigene Leistungen. Eine Minderheit ist eindeutig ordnungspolitisch privilegiert. Progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung ist die Folge.

Um die Ansprüche der Geldvermögenseigentümer zu befriedigen und damit ein (vorläufiges) Weiterfunktionieren des herrschenden Systems zu gewährleisten, musste der Staat einen Teil des Schuldenmachens übernehmen. Er befindet sich schon seit Jahren in einer Aufschuldungsphase, die nicht mehr zu stoppen sein dürfte und mittel- oder langfristig auf einen Staatsbankrott zusteuert. Ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins muss zwangsläufig irgendwann kollabieren, meint zum Beispiel auch der bekannte Börsenexperte Dirk Müller (»Mr. DAX«).

Geldordnung verfassungswidrig

Der Staatsrechtler Dieter Suhr hat die herkömmliche Geldordnung durch die Brille des Grundgesetzes untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die Geldordnung ver-

stößt gegen die Verfassungsideale Freiheit und Gleichheit, ist nicht vereinbar mit einem sozialen Rechtsstaat und stört das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht (Art. 109, Abs. 2 GG). Ein Gang nach Karlsruhe kommt allerdings nach Abschaffung der nationalen Währung nicht mehr in Betracht. (Die DM wurde nach Umfragen gegen den Willen von ca. 70 % der Wahlberechtigten aufgegeben.) Auf nationaler Ebene wurde auch die Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen aus der Hand gegeben. Immerhin hat sich die Europäische Union im Vertrag von Maastricht die Einführung solcher Maßnahmen für die Zukunft vorbehalten.

Sechzig Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes fehlen immer noch Rahmenbedingungen, die auf Dauer eine soziale Marktwirtschaft gewährleisten würden. Aufgrund unserer Verfassung hätten weit bessere sozialökonomische Verhältnisse und mehr Demokratie geschaffen werden können, wenn die Volksvertreter zu den hier angesprochenen Artikeln unserer Verfassung entsprechende Gesetze erlassen hätten.



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Volksentscheid ins Grundgesetz!



Der Deutsche Bundestag hat am 23. April die Gesetzentwürfe der Grünen, der Linken und der FDP zur Einführung bundesweiter Volksentscheide mehrheitlich abgelehnt. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD stimmten gegen alle drei Entwürfe.

Trotzdem hat ein Bündnis von Mehr Demokratie e.V., OMNIBUS und weiteren Organisationen im Mai die Kampagne »Volksentscheid ins Grundgesetz!« gestartet. Damit werden die Bürger vor der Bundestagswahl 2009 konkret darüber informiert, welcher Direktkandidat sich für und welcher sich gegen die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung ausspricht.

Über die Kampagnen-Homepage www.volksentscheid.de können Bürgerinnen und Bürger mithilfe der Postleitzahl die Stellungnahmen der Direktkandidaten abrufen, Flugblätter bestellen und verteilen lassen.

Geld prägt Gesellschaft

Gesellschaft prägt Geld

In der Fairconomy geht es um das, was auch als „Natürliche Wirtschaftsordnung“ bezeichnet wird, benannt nach dem gleichnamigen Hauptwerk des deutsch-argentinischen Sozialreformers Silvio Gesell. Er machte deutlich, dass wir unser Geld so gestalten können, dass es allen Menschen dient.

Im Vorwort zur dritten Auflage seines Hauptwerkes hat Gesell in klassischer Weise Sinn und Wesen seiner Lehre geäußert. »Die Wirtschaftsordnung«, stellt er fest, »von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepasst ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt, einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewusste und gewollte Tat.«

Natürliche Wirtschaftsordnung

Gesell sucht also eine Wirtschaftsordnung, die der Natur des Menschen angepasst ist, die seinem Wesen entspricht und die Entwicklung des Menschen fördert. ... Gesells wesentliches und entscheidendes Bemühen geht daher um das Problem der Sicherung des freien Wettbewerbs. Freier Wettbe-

Immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewusste und gewollte Tat.

werb »unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten« ist das große Ziel. »Nicht dem Geld, nicht verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit, der Kraft, der Liebe, der Weisheit der Eltern müssen die Kinder ihre Erfolge verdanken.« ...

Auch wenn er sich in seinem Werk mit der Wirtschaftsordnung befasste, weil er die wirtschaftlichen Grundlagen als wesentlich, als Fundament der Gesellschaftsordnung ansah, wesentlich, entscheidend war ihm die Gesellschaftsordnung, die auf diesem Fundament erstehen sollte. Es ist für sein Werk und seine Betrachtungsweise außerordentlich charakteristisch, dass er von seinen rein theoretischen, wirtschaftlichen Betrachtungen immer wieder hinübergreift auf

die gesellschaftlichen Konsequenzen, immer wieder ausmalt, wie sich die wirtschaftlichen Maßnahmen im gesellschaftlichen Leben, auf dem Gebiete der Politik, der Kultur, der Kunst, der Erziehung auswirken werden. ...

Gesellschaft freier Menschen

Was Gesell als Begründer der Freiwirtschaftslehre erstrebt, ist nichts anderes als die Gesellschaft freier Menschen. Die wirtschaftliche Grundlage dieser Gesellschaft, das Fundament derselben, erkennt er in der freien, von jeglichen Vorrechten gesäuberten Wettbewerbswirtschaft, in welcher alle Menschen unter gleichen Startbedingungen antreten und gemäß ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeitsleistung zum Zuge kommen können. In dieser Wettbewerbswirtschaft erkennt Gesell nicht nur jene Wirtschaftsform, die zur höchsten Produktivität der Wirtschaft führt, sondern auch diejenige, die dem Grundsatz der Gerechtigkeit entspricht, die gewissermaßen aus sich selbst heraus die Prinzipien der Gerechtigkeit verwirklicht, soweit dies überhaupt möglich ist. ...

Wiederum müssen wir feststellen, dass Silvio Gesell in seinem Hauptwerk »Natürliche Wirtschaftsordnung« nicht nur das Ziel einer Gesellschaft freier Menschen eindeutig umrissen, sondern auch den Weg zu diesem Ziel ebenso eindeutig festgelegt hat.

Geldmenge anpassen

Das Hauptinstrument zur Verwirklichung der freien Wettbewerbswirtschaft ist bei Gesell zunächst die Sicherung der Kaufkraft des Geldes, also die Lösung der Währungsfrage. Indem er die offenbaren Schwächen der Goldwährung bloßlegt, durch welche der Preis der Ware Gold festgelegt und damit alle anderen Warenpreise zum Schwanken gebracht werden, so dass also Inflationen und



Geld prägt uns von Kindesbeinen an.

Deflationen sich wechselweise ablösen, indem er zeigt, dass unter der Goldwährung die Wirtschaft bald an einem Zuviel und bald an einem Zuwenig an Zahlungsmitteln leidet, hat er dieses System zu einer Zeit ad absurdum geführt, da noch alle Welt im Goldglauben befangen und geneigt war, den Goldmechanismus als unantastbar zu betrachten.

An die Stelle der Goldwährung setzt Gesell die Indexwährung. ... Gesell verlangt die Stabilisierung des Durchschnittspreises aller Waren, will also die Geldmenge stets dem Gesamtangebot der Waren gegenüberstellen und anpassen.

Geldumlauf sichern

Neben der Stabilisierung des Geldwerts aber legt er, im Zusammenhang mit der Zinsfrage und der ehernen Grenze des sinkenden Zinsfußes bei 3%, ein Hauptaugenmerk auch auf die Regulierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. In der Hortungsfähigkeit des Geldes sieht er eine der Hauptgefahren des heutigen Währungssystems. ... Gesell will die Hamsterfähigkeit des Geldes durch eine Umlaufsicherung verhindern. Ob dies mit dieser oder jener Methode verwirklicht wird, ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist das Prinzip.

Gesells Vorschlag liegt das rein quantitätstheoretische Denken zugrunde. Die Quantitätstheorie war zu Gesells Zeit nicht etwa neu. Aber es gebührt ihm das Verdienst, sie verfeinert und vollendet zu haben. Und es gebührt ihm das Verdienst, die fundamentale Bedeutung des stabilen Geldwerts als Grundlage einer freien Wettbewerbswirtschaft erkannt zu haben. Von dieser Grundlage aus baut er das ganze Gebäude einer Wirtschaftsordnung auf, die restlos nach den Prinzipien des freien Wettbewerbs spielt. Von der Wirtschaftsordnung her



Plakat aus der multimedialen Geldausstellung www.neuesgeld.com, ein Projekt des Wörgler Unterguggenberger Instituts, das Schulen zur Verwendung im Unterricht angeboten wird

kommt er zur Gesellschaftsordnung, die kaum besser zu charakterisieren wäre als durch die Bezeichnung einer Gesellschaft freier Menschen.

Monopole überwinden

Dass in der Gesellschen Wirtschaftsordnung Monopole keinen Platz haben, ist selbstverständlich. Gesell erwartet die Überwindung der Monopole durch die freie Wettbewerbswirtschaft selbst, in der die fortwährende Kapitalbildung bei sinkendem Zinsfuß nicht nur die Bildung neuer Monopole durch die Konkurrenz verhindert, sondern auch die Überwindung bestehender Monopole ermöglicht.

Ausführlich aber befasst er sich mit dem natürlichen Monopol des Bodens, dessen Überführung in den Besitz der Allgemeinheit er durch den Rückkauf und seine Verpachtung postuliert. Die Sozialisierung der Grundrente ist für Gesell deshalb so wichtig, weil bei fortdauernder guter Wirtschaftskonjunktur als Folge des festen Preisstands und des sinkenden Zinsfußes Bodenpreise und Grundrente dauernd steigen müssen. Dieses Steigen kann aber nicht abgebrems werden, weil es sich beim Boden um eine nicht vermehrbare Größe handelt.

Undurchsichtiges durchsichtig machen

Gesells natürliche Wirtschaftsordnung ist eine logisch lückenlos begründete. Er hat dabei den natürlichen Selbsterhaltungstrieb des Menschen, seinen Egoismus, in Rechnung gestellt, ihn als Triebfeder wirtschaftlichen Handelns anerkannt, aber in der festen Währung als Grundlage der Wettbewerbswirtschaft die Sicherung geschaffen, dass er nicht zu Auswüchsen führen kann. Es ist auch kein Zufall, dass er die Verwaltung der Währung einer besonderen, vor jedem staatlichen Zugriff gesicherten Institution,

dem Währungsamt, anvertrauen will, das keine andere Aufgabe haben soll, als die Geldausgabe so zu regulieren, dass der Index fest bleibt.

Man hat Gesell immer wieder die Einfachheit seiner Vorschläge zum Vorwurf gemacht, ihn gewissermaßen als terrible simplificateur verschrien. In Tat und Wahrheit hat er nichts anderes getan, als das Undurchsichtige durchsichtig zu machen. Und dabei hat er Gedankengänge vorausgenommen, die heute als richtig anerkannt werden.



Werner Schmid (1898-1981) war langjähriger Schweizer Nationalrat und Mitglied der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz.

Der vorliegende Text ist die gekürzte und leicht bearbeitete Fassung einer Arbeit, die im Jahr 1957 mit dem Hans-Bernoulli-Preis der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz ausgezeichnet wurde. Quelle: Fragen der Freiheit Heft 277/278, S. 104 ff. Bezug: Seminar für Freiheitliche Ordnung e.V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, www.sffo.de (Zusammenstellung: Frank Bohner)

Von der Wirtschaftsordnung her kommt Gesell zur Gesellschaftsordnung, die kaum besser zu charakterisieren wäre als durch die Bezeichnung einer Gesellschaft freier Menschen.

Tages- und Wochenzeitungen

Die international bekannten Wirtschaftsprofessoren Gregory Mankiw und Willem H. Buiter diskutierten in der New York Times vom 19. April bzw. der Financial Times vom 7. Mai Silvio Gesell und die Idee eines »negativen Zins«.

»Das Geld beschreibt ja nur den Wert einer Sache. Das Problem ist der Zins – das Schmiermittel und Krebsgeschwür der Gesellschaft, wie Marx erkannte. Der Zins ist ein Grund, warum viele arme Länder nicht aus der Schuldenfalle herauskommen und warum unsere Wirtschaft so sehr auf Wachstum ausgerichtet ist.« Dieses Zitat stammt von Edgar Most, der Vizepräsident der Staatsbank der DDR und später Chef der Deutschen Bank Berlin war. Das Interview mit Edgar Most erschien am 14. April in der taz.

»Zinsen lassen Menschen verarmen« war am 4. Mai im Münchner Merkur zu lesen. Martin Prem berichtete über Prof. Dr. Jürgen Kremer, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die ökonomische Zukunft in einer Krise sieht. Die Beweisführung vieler Ökonomen sei dogmatisch und realitätsfern. Viele Ökonomen verhielten sich mit ihrem Ruf nach Wachstum als Lösung für die Probleme wie die königlichen Berater im Märchen »Des Kaisers neue Kleider«. Kremers Computermodell bestätigt dagegen, dass unser ständiges Wachstum verlangendes Zinssystem Krisen produziert.



Prof. Dr. Jürgen Kremer war einer der Referenten beim Frankfurter Geldkongress im Mai

Unter dem Titel »Eine neue Galaxie für Ihr Geld« erwähnten die Autoren Karsten Seibel und Frank Stocker in Welt am Sonntag-Welt online auch Silvio Gesell und seinen Reformansatz, allerdings ohne diesen richtig verstanden zu haben. Trotzdem: Gesamturteil positiv.

Die globalisierungskritische Organisation attac brachte zum 1. Mai 2010 (!) einen (gefälschten) mehrseitigen Sonderdruck im Gewand der Wochenzeitung Die Zeit heraus. Erfreulich dabei war, dass auf S. 7 (»Das Weltgeld kommt«) auf den auch durch Silvio Gesell inspirierten Keynesplan von 1944 hingewiesen wurde: »Die Weltwährung steht in einem festen Austauschverhältnis zu den nationalen (bzw. regionalen) Währungen. ... Ungleichgewichte zwischen Netto-Exporteuren und Staaten mit Leistungsbilanzdefizit werden zukünftig durch einen speziellen Mechanismus abgebaut: Sowohl Defizite als auch Guthaben werden mit einer Strafsteuer belegt. Damit werden erstmals auch Überschussländer an den Anpassungskosten beteiligt. Bislang mussten vor allem Länder mit Leistungsbilanzdefizit Sparmaßnahmen einleiten, um die Defizite und damit die Verschuldung im Ausland abzubauen.«

Auch der Ökonom Heiner Flassbeck, 1998 Staatssekretär unter Oskar Lafontaine, hegt laut Spiegel-Interview (Heft 17/2009, S. 80) Sympathien für Keynes' Bancorplan: »Die Idee des Bancor war richtig«. Flassbeck weist außerdem darauf hin, dass der Keynesplan »von den Amerikanern zugunsten ihrer eigenen Führungsrolle beiseitegeschoben wurde«.

Mittlerweile hat man auch bei attac erkannt, dass die jahrelang propagierte Tobin-Steuer keine Krisen verhindert. Der Politökonom Philipp Hersel dazu wörtlich in der taz vom 10. März: »Die Tobin-Steuer allein hätte die jetzige Krise nicht verhindert und auch nicht die Asienkrise.«

Leserbriefe

Auf Silvio Gesells Freigeld und die wachstumstreibenden und umverteilenden Wirkungen des Zinses wies Rainer Bährens, Rotenburg, in der taz vom 2. April hin.

Das Onlineforum der FAZ veröffentlichte am 9. März eine Entgegnung von Alwine Schreiber-Martens auf Hanno Beck, dessen wenig kenntnisreicher Beitrag vom selben Tag mit dem Titel »Geldpolitische Pyrrhussiege« die Freigeldtheorie erwähnt.

In einem Onlineforum der Süddeutschen Zeitung plädierte Helmut Creutz am 30. April für eine Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.

In der Onlineversion der Berliner Zeitung vom 5. Mai erschien ein Leserbrief von Josef Hüwe, unter anderem mit Hinweisen auf die Notwendigkeit einer Reform der Ressourcenordnung.

Von INWO-Mitglied Alfred Neussner war erneut ein Leserbrief im Nachrichtenmagazin

Spiegel zu lesen, und zwar in Heft 19/2009 auf S. 8. Dort hieß es:

»Die Parallelen von heute zu damals sind: Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass es nicht genügt, der Wirtschaft Geld zur Verfügung zu stellen, sondern man muss auch allem vorhandenen Geld Beine machen. Man muss es dazu bringen, wirklich umzulaufen, um die produzierten Waren und angebotenen Dienstleistungen zum Verbraucher zu bringen.«

Zeitschriften

Die Maiausgabe der Zeitschrift »Ökologie-Politik« (Nr. 142) druckte einen Artikel von Prof. Dr. Jürgen Kremer mit dem Titel »Die blinden Flecken der Volkswirtschaftslehre« sowie einen Beitrag von Helmut Creutz über die »sich tummelformartig vermehrenden Geldvermögen«.

Die Ausgabe Mai/Juni der Zeitschrift »Grals-Welt«, die in den vergangenen vier Ausgaben eine 30-seitige Serie von Paul Schmitt zum Thema »Geld – Segen oder Fluch« veröffentlichte, enthält ein vierseitiges Interview mit Helmut Creutz mit dem Titel »Die Fehler im System beseitigen«.

Einen Aufsatz von Klaus Popp mit dem Titel »Ratlose Ratgeber« veröffentlichte die Zeitschrift »Glocalist Review«, Nr. 230 (www.glocalist.com).

Joachim Sikora, Direktor a.D. des Katholisch-Sozialen Instituts (KSI) Bad Honnef, rezensierte das neue Buch von Bischof Reinhard Marx über »Das Kapital«. Sikora weist in seiner flott geschriebenen Besprechung auf die vielen blinden Flecken von Bischof Marx wie auch der Katholischen Kirche in Sachen Geld und Zins hin.

Fernsehen

In der Sendung »Neues aus der Anstalt« vom 28. April wurde nach »Lagergebühren für zu viel Geld« verlangt. Das Problem sei, dass es nicht fließe. Nur ausgegebenes Geld mache Sinn. Wer sein Geld nur hinlege, der müsse zahlen dafür. Schon Diogenes habe Geld aus Knochen gefertigt, das man wegen seines unangenehmen Geruchs loswerden wolle.

Internet

Auf der Internetseite zu »Let's make money«, einem Film von Erwin Wagenhofer, ist die INWO prominent vertreten. Dort werden auch die INWO-Seminare beworben. ■

zusammengestellt von Frank Bohner

Weitere Hinweise finden Sie im laufend von Jens Hakenes aktualisierten Medienspiegel der Internetseiten der INWO: www.INWO.de

Das Tahiti-Projekt

ausgezeichnet, erforscht und auf dem Weg nach Hollywood

Mit dem Deutschen Science Fiction-Preis hat der Roman von Dirk C. Fleck einen der renommiertesten deutschen Literaturpreise gewonnen. Seit einigen Wochen erforschen außerdem zwei Wissenschaftler, wie aus der Geschichte Wirklichkeit werden kann. In Arbeit sind auch eine Fortsetzung und Filme zum Buch.

Auch ohne große Werbekampagnen von Seiten des Verlags hat sich »Das Tahiti-Projekt« zu einem Verkaufsschlager entwickelt und mit seiner hoffnungsvollen Perspektive großes

Interesse beim Publikum geweckt. Die Macher vom Equilibrismus e. V., Eric Bihl und Volker Freystedt, werden seit Monaten mit Anfragen überhäuft und kommen damit ihrem Ziel, einem Modellprojekt für den Equilibrismus inklusive nachhaltiger Geld- und Bodenordnung, schneller näher als gedacht. Die Grundlage dafür hatten die beiden vor vier Jahren mit dem Sachbuch »Equilibrismus. Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht« gelegt, das inzwischen ausverkauft ist und derzeit überarbeitet wird.

Deutschen Science Fiction-Preis mehrfach gewinnen konnten. Nur Andreas Eschbach, der sich mit »Eine Billion Dollar« ebenfalls mit der Geldproblematik auseinandersetzt, hat den seit 1985 jährlich verliehenen Preis häufiger erhalten.

Fleck arbeitet inzwischen intensiv an einer Fortsetzung des Romans. Nach der umkämpften Umsetzung auf Tahiti soll nun die Ausbreitung der Idee beschrieben werden – in einer Welt, die, siehe Obama, inmitten einer Weltwirtschaftskrise mit düsteren Aussichten nach neuen, überzeugenden und nachhaltigen Konzepten dürstet. Die fließenden Übergänge und zahlreichen Anknüpfungspunkte zur realen Welt sind unübersehbar, auch wenn der Roman eigentlich einige Jahre in der Zukunft spielt. Sie scheint näher als von den meisten gedacht.

Etwas zögerlich entwickelt sich die Zusammenarbeit mit Regierungsvertretern, einigen Medien und Verbänden. Ein weiterer Regierungswechsel in Französisch Polynesien, der achte in fünf Jahren, hat die Pläne für die ökologische Partnerschaft mit der Insel Dithmarschen in Schleswig-Holstein durchkreuzt. Nach den jüngsten Erfolgsmeldungen für das Tahiti-Projekt und den Schreckensmeldungen für die Welt-

wirtschaft gibt es aber auch hier wieder Bewegung, schließlich sind echte Alternativen rar.

Da immer mehr Menschen von den Ideen begeistert sind, arbeiten Bihl, Freystedt und Fleck trotz gelegentlicher Rückschläge oder Verzögerungen beharrlich weiter. So entsteht neben der Fortsetzung derzeit eine Machbarkeitsstudie, mit der Möglichkeiten zur bal-



Der ausgezeichnete Roman von Dirk C. Fleck ist auch direkt bei der INWO erhältlich. Mit Ihrer Bestellung unterstützen Sie unsere Arbeit.
www.INWO.de/Shop

digen Umsetzung ausgelotet werden. Dazu werden sich Ende Juni zwei junge Wissenschaftler mit Unterstützung ihrer Universitäten auf den Weg nach Französisch Polynesien machen. Mit ihren Ergebnissen ist ebenso im Laufe des Jahres zu rechnen wie mit weiteren Medienangeboten rund um das Tahiti-Projekt. Nach der französischen entsteht nun auch eine englische Übersetzung.

Bereits seit Anfang des Monats sind die neuen mehrsprachigen Internetseiten des Equilibrismus e. V. online. Parallel dazu entsteht ein Internet-Auftritt, der speziell für das Tahiti-Projekt um Unterstützer wirbt. In einem ersten Schritt soll für jeden der 270.000 Einwohner von Französisch Polynesien ein virtueller Pate aus anderen Teilen der Welt gefunden werden, der das Projekt ideell fördert – schlicht und einfach mit Name und E-Mailadresse. Konkrete Schritte sind auch schon bei der filmischen Umsetzung des Romans gemacht. Ein Dokumentarfilm ist in Planung, für einen Spielfilm sind erste, viel versprechende Kontakte bis hin nach Hollywood geknüpft.

www.Equilibrismus.org
www.Tahiti-Projekt.org



Jens Hakenes ist Diplom-Journalist und lebt als freier Autor, Webdesigner und Kommunikationsberater in Berlin (www.image-werkstatt.de).

Anfang Juni hat nun die fiktionale Beschreibung der Idee, der Roman »Das Tahiti-Projekt«, für einen weiteren öffentlichen Paukenschlag gesorgt. Mit der feierlichen Preisverleihung an Buchautor Dirk C. Fleck hat das Vorhaben neuen Schub erhalten. Nach seiner vorherigen Auszeichnung im Jahr 1994 für »Go! Die Ökodiktatur«, den ersten Ökothriller überhaupt, ist der Hamburger Journalist einer der wenigen Autoren, die den

Wissenschaftliche Vertiefung der Geld- und Bodenreform



Zeitschrift für Sozialökonomie

Als Ergänzung zur Fairconomy, die die Denksätze einer Geld- und Bodenreform in eine breitere Öffentlichkeit tragen will, gibt es die »Zeitschrift für Sozialökonomie«, die sich ihre wissenschaftliche Vertiefung zur Aufgabe gemacht hat. Herausgegeben von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (1. Vors. ist der Jurist Fritz Andres) und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (1. Vors. ist der Ökonom Prof. Dr. Dirk Löhner) erscheint sie im Verlag für Sozialökonomie – Gauke GmbH in Kiel und ist in nahezu 100 wissenschaftlichen Bibliotheken im In- und Ausland vorhanden.

Statt der gewohnten vier Einzelhefte pro Jahr gab es im Jahr 2008 zwei Doppelhefte mit den Schwerpunktthemen:

- ♦ Krise auf den internationalen Finanz- und Immobilienmärkten (Folge 156-157) sowie
- ♦ Regionalgeld, Solidarische Ökonomie und deren Menschenbild (Folge 158-159).
- ♦ Im aktuellen Heft (Folge 160-161) geht es u.a. um einen differenzierten Blick auf die widersprüchlichen, sowohl problematischen als auch unentbehrlichen Funktionen des Zinses in der Wirtschaft.

Seit Ende 2008 gibt es die »Zeitschrift für Sozialökonomie« auch im Internet.

Webadressen:

- ♦ www.sozialoekonomie.de (Verlagsangebote)
- ♦ www.sozialoekonomie.info (Non-Profit-Informationsplattform)
- ♦ www.sozialoekonomie-online.de
- ♦ www.stiftung-geld-boden.de
- ♦ www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Mündener Gespräche

Die in der Zeitschrift für Sozialökonomie enthaltenen Beiträge beruhen oftmals auf Vorträgen, die bei der Tagungsreihe »Mündener Gespräche« gehalten wurden. Ihr Veranstalter ist die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft. Die »Mündener Gespräche« finden im Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres in der Reinhardswaldschule in Fulda am nördlichen Rand von Kassel statt. Bei der nächsten Tagung am 23.-25. Oktober 2009 wird es wieder um die Krise auf den internationalen Finanzmärkten gehen.

Webadresse:

www.muendener-gespraech.de

Fragen der Freiheit

Stiftung und Sozialwissenschaftliche Gesellschaft arbeiten eng mit dem Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll zusammen, das die wissenschaftliche Schriftenreihe Fragen der Freiheit herausgibt.

Webadresse:

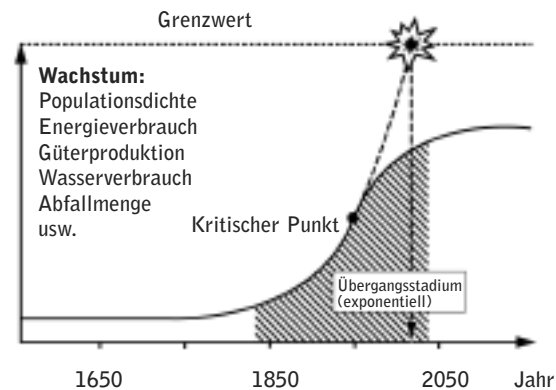
www.sffo.de

Archiv für Geld- und Bodenreform

Das von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung unterhaltene Archiv für Geld- und Bodenreform befindet sich seit dem Herbst 2007 als Dauerleihgabe in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Der Bestandskatalog ist im Internet einsehbar. Außerdem gibt es separate Verzeichnisse aller Diplom-, Bachelor- und Masterarbeiten und Dissertationen, die bislang zu Themen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform entstanden sind, sowie Themenvorschläge für weitere Arbeiten. Interessierte sind willkommen, um zum Beispiel für Studienarbeiten im Archiv zu recherchieren. Auch mehrtägige Studienaufenthalte sind möglich.

Webadressen:

- ♦ www.sozialoekonomie.info/Archive/archive.html
- ♦ www.sozialoekonomie.info/Forschung/forschung.html



aus: Frederic Vester, Leitmotiv vernetztes Denken – Für einen besseren Umgang mit der Welt, München 1988, S. 41.

Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie

An der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg findet in diesem Sommer zum dritten Mal eine Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie statt. Deren Ziel ist es u.a. deutlich zu machen, dass es nicht nur technischer Effizienzsteigerungen bedarf, um eine nachhaltige, klimaverträgliche und gerechte Form des Wirtschaftens zu erreichen, sondern auch struktureller Reformen im Bereich der Geld- und Bodenordnung.

Webadresse:

www.postwachstumsoekonomie.org

Ergänzung: aktueller Artikel in der Zeit vom 21. Mai 2009

<http://faz-community.faz.net/blogs/chaos/archive/2009/05/21/ist-die-zeit-reif-fuer-die-post-wachstums-oekonomie.aspx>

Silvio Gesell

Zu den maßgeblichen Wegbereitern einer Geld- und Bodenreform als Schritt zur Verwirklichung einer monopolfreien Marktwirtschaft ohne Kapitalismus gehört der deutsch-argentinische Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell. Über dessen Leben und Werk – auch über die Übersetzungen des Hauptwerks in andere Sprachen – gibt es ausführliche Informationen im Internet. Kürzlich wurden sie um eine Sammlung von Leseproben aus seinem Gesamtwerk erweitert, die im Frühjahr 2012 zu Gesells 150. Geburtstag als Buch erscheinen soll.

Webadresse: www.silvio-gesell.de

Werner Onken

Interview mit Präsident Pierre Güntert

über die INWO-Jahre 2006 bis 2009

P

ierre, wie sieht Deine persönliche Bilanz nach 3 Jahren als Präsident der INWO Schweiz aus?

Die Bilanz ist, wie man so oft zu sagen pflegt, durchwachsen. Bis zu meiner Wahl habe ich noch nie in leitender Position gestanden, weder bei der Arbeit noch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten. Präsident zu sein, und das für drei Jahre, war für mich also eine persönliche Herausforderung. In diesen drei Jahren haben wir neben einem Generationenwechsel auch eine erfreuliche Präsenz von mehr Frauen unter den Aktiven erlebt. Die verjüngte und gut durchmischte Gruppe hat mir Motivation für die INWO-Arbeit gegeben. Mit einer neuen Kommunikation konnten wir unser Netzwerk mit Andersdenkenden ausweiten, unter anderem mit spirituellen und anthroposophischen Gruppierungen. Es war wohlthuend, »Chef« einer Organisation zu sein, die nun auf vielen Veranstaltungen willkommen ist!

Welches Fazit ziehst Du für die INWO?

Über all die Jahre konnten die INWO und das freiwirtschaftliche Gedankengut dank all den Aktiven bis heute überleben. Das ist eine ihrer grössten Stärken. Leider hat es bisher nie ganz zu einem richtigen Durchbruch gereicht; ja, man muss sogar eingestehen, dass die besten Zeiten doch eher etwas zurückliegen, wo sogar auf dem nationalen Parkett freiwirtschaftliches Gedankengut vertreten war.

Was waren die Höhepunkte Deiner Zeit als Präsident?

Die ersten Jahre mit der grossen Aktivengruppe, dem tollen Büroteam, die Besuche bei der INWO Deutschland, wo wir gern gesehen sind, die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT und die erfolgreiche Übergabe unserer Abonnenten; die vielen eigenständigen Aktivitäten in den Regionen mit den Vor- und Nachdenktreffs sowie der Ökonomischen Lesegruppe in Zürich und Bern mit dem krönenden Abschluss mit Bernd Senf; ein toller Ausflug mit den Aktiven auf den Rigi und die gelungenen Rahmenprogramme bei den Generalversammlungen fallen mir ein; nicht zu ver-

gessen die erfolgreiche Spendensammelaktion in den eigenen Reihen mit über CHF 80'000.

Was waren die Tiefpunkte?

Der Rückgang des Engagements im Vorstand und bei den Aktiven, der Rückzug einiger verdienter Aktiver, die vermehrte Schwierigkeit, Vorstandsmitglieder zu finden und die Verantwortung innerhalb des Vorstands zu verteilen; die Wechsel auf dem INWO-Büro mit zunehmenden Identifikationsproblemen der Mitarbeiter, der Unfall einer Mitarbeiterin und die dadurch nötigen Klärungen mit Versicherungen, die damals nicht geglückte Neubesetzung und zunehmende administrative Tätigkeiten. Dadurch hatte ich persönlich leider immer weniger Zeit, um an den INWO-Themen zu arbeiten und in der aktuellen Finanzkrise stärker an die Öffentlichkeit treten zu können.

Du hast zwar Deinen Rücktritt angekündigt, willst aber weiterhin aktiv bei der INWO arbeiten. Wie sehen Deine zukünftigen Schwerpunkte aus?

Ich durfte gerade kürzlich wieder mal einen Vortrag zur »Freiwirtschaft gestern und heute« beim Lions Club im Prättigau halten – mit grossem Echo. Dies und das Verfassen von einfachen Texten zu komplexen Themen, sei es nun als Presstexte, für die Zeitschrift oder die Internetseite, möchte ich vermehrt tun und damit meine Fähigkeiten wieder besser einsetzen.

Was wünschst Du Dir für die INWO?

Mut und Engagement sowie ein »Grund-einkommen«, das erlaubt, die Arbeit an unseren Themen auch im noch kapitalistischen Umfeld verstärkt zu verfolgen; ein sich ergänzendes und inspirierendes Netzwerk von QuerdenkerInnen, das es schafft, durch eine intelligente Taktik, trotz ihrer Kleinheit, das entsprechende Interesse und Gehör für die Wirtschaftsalternativen in der Öffentlichkeit zu erreichen und ein ernst zu nehmender Partner in Diskussionen, Tagespresse und Arenen zu werden!

Fragen von Jens Hakenes



Generalversammlung:

Neue Vorstände und ein mutiger Referent

Zur Generalversammlung 2009 konnte der bisherige INWO-Präsident Pierre Güntert am 25. April fast dreissig Mitglieder in der Friedenskirche in Bern begrüßen. Neben kritischen und erfreulichen Berichten über das vergangene Jahr wurden die Perspektiven für das laufende Jahr vorgestellt und ein siebenköpfiger Vorstand mit einigen neuen Gesichtern gewählt.

Trotz besten Frühlingswetters waren die aufgestellten Stühle im sonnendurchfluteten grossen Saal der Kirche über den Dächern der Bundeshauptstadt bis auf den letzten Platz gefüllt. Sicherlich auch ein Verdienst des von Frank Moser und Christian Etzensberger geplanten Rahmenprogramms, das neben der GV einen musikalischen Teil sowie im Anschluss einen Vortrag über »faïres Investment« vorsah. Gut die Hälfte der Anwesenden hatte sich vorab in einem Restaurant getroffen, um sich für die intensive

Protokollant gewonnen werden. Auf die Genehmigung der Traktandenliste folgte eine Kurzfassung des Jahresberichts des scheidenden Präsidenten. Die Langfassung des Berichts ist wie auch das Protokoll im Sekretariat erhältlich, ebenso die erfreuliche Jahresrechnung von Roland Stebler (mit Unterstützung von Walter Lobsiger). Kritische Nachfragen zur Jahresrechnung konnten beantwortet und konstruktive Vorschläge für weitere Verbesserungen gesammelt werden. Mit der im Revisorenbericht vermerkten, erfolgreichen Prüfung der Finanzen konnten Pierre Güntert als Präsident sowie Hansruedi Weber und Roland Stebler als Vorstände einstimmig und mit grossem Dank entlastet werden. Pierre Güntert, der in den vergangenen drei Jahren zusammen mit den Vorständen für eine solide finanzielle Basis gesorgt hat, wurde mit Geschenken ganz besonders gewürdigt. (Siehe auch Interview S. 11.)

Von der Klausurtagung im März berichtete anschliessend Elsi Reimann. (Siehe auch S. 13.) Bei einem weiteren Treffen im Herbst sollen die entwickelten Zukunftsszenarien und Ziele überprüft, konkretisiert und erweitert werden. Das gilt auch für eine mögliche, bei der GV durch Hansruedi Weber vorgestellte Aktion für ein Vollgeld nach Huber/Robertson (»Geldschöpfung in öffentlicher Hand«).

Mit neuen Perspektiven ging es dann um neue Gesichter für den Vorstand. Pierre Güntert hatte bereits vor einigen Monaten angekündigt, nicht mehr für das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stehen, um stattdessen für die INWO verstärkt Vorträge zu halten und zu schreiben. Nach einer ausführlichen Diskussion über verschiedene Kandidaten und die mögliche Aufgabenteilung für die Präsidentschaft wurden Frank

Moser, Hansruedi Weber, Roland Steber, Marco Leuthold, Daniel Meier, Hendrik Barth und Alec Gagneux einstimmig als Vorstände der INWO Schweiz gewählt.

Nach der gemeinsamen musikalischen Überleitung mit Simone Bouvrot konnte Othmar B. Ulrich mit einiger Verspätung seinen unterhaltsamen Vortrag über »faïres Investment« beginnen. Dabei gab es neben teilweise bekannten Fakten zur Vermögensverteilung in der Schweiz auch sehr anschauliche Vergleiche zu den extremen Unterschieden. Ulrich hatte ausserdem interessante Einblicke in die Arbeit von Vermögensberatern und konkrete Zahlen über deren Einkünfte zu bieten. Zum Abschluss der insgesamt viereinhalbstündigen Generalversammlung wurde mit dem von einem Teilnehmer als sehr mutig bezeichneten Referenten (weil er sich in die »Höhle des Löwen« getraut hatte) angeregt (und friedlich) diskutiert. Herzlichen Dank an alle Teilnehmer!



INWO-Sekretär Christian Etzensberger mit den neuen Vorständen Hendrik Barth, Alec Gagneux, Daniel Meier (stehend von rechts nach links); Hansruedi Weber, Roland Stebler, Frank Moser (sitzend von l. n. r.); es fehlt: Marco Leuthold

Arbeit an der Zukunft der INWO Schweiz gemeinsam zu stärken.

Nach dem Auftakt mit beeindruckendem Gesang von Simone Bouvrot, gemeinsamer Einstimmung und der Begrüssung durch Pierre Güntert konnten Heinz Jossi als Tagespräsident, Walter Wobmann als Stimmenzähler und Hansruedi Weber als

Beim Sekretariat können der Bericht des Präsidenten, die Jahresrechnung und das Protokoll der Generalversammlung 2009 angefordert werden. Außerdem freuen wir uns über Angebote oder Unterstützer für die oben beschriebenen Aktionen. Um den neuen Vorstand und das Sekretariat bei den zunehmenden Aufgaben und Anfragen zu unterstützen, haben wir zudem eine Liste mit ehrenamtlichen Aufgaben erstellt, die mit geringem Zeitaufwand zu erledigen sind (siehe auch www.INWO.de/mitmachen).

**INWO Schweiz, Postfach,
CH-5001 Aarau, Telefon: 062 822 84 86,
Fax: 062 8236755, E-Mail: info@inwo.ch**

Perspektiven für die INWO – Perspektiven für die Schweiz

Bei der Klausurtagung am 28. und 29. März in Langnau im Emmental haben ein Dutzend engagierte Menschen ein Zukunftsszenario für die INWO erarbeitet. Mit neuer Zuversicht und starkem Gemeinsinn werden nun die Probleme angegangen und die Potenziale weiter entwickelt.

In einem intensiven Gruppenprozess unter der Leitung von Elsi Reimann wurden zunächst die Fähigkeiten der Teilnehmer ausgelotet und mit einem persönlichen Werbespot vorgestellt. Anschließend benannten die Vorstände, Mitglieder und Außenstehende die von ihnen wahrgenommenen Probleme der INWO, die diskutiert und eingeordnet wurden, um ein Gesamtbild des »Gedankengebäudes INWO« zu entwerfen. Das »INWO-Haus« wurde dabei von Elsi Reimann mit fünf Säulen umschrieben, deren Belastbarkeit von den Teilnehmern im nächsten Schritt zu bewerten war: Boden/Fundament, Arbeit und Leistung, Materielle Sicherheit/Lage, Soziales Netz, Normen und Werte.

Mit einer langen Liste möglicher persönlicher Beiträge und Ideen im Rücken sowie der Einschätzung der

INWO vor Augen wurden konkrete Ziele und die Wege dahin beschrieben. Dabei entdeckten die Teilnehmer eine Vielzahl von Fähigkeiten, Vorschlägen, Zielvorstellungen und Lösungswegen. Auf dieser konstruktiven Grundlage werden nun die Probleme angegangen, neue Potenziale erschlossen und weitere Mitstreiter gesucht.

Im Mittelpunkt stehen dabei Themen und Aktionen, weniger der Verein selbst. Dieser wird vor allem als organisatorische Grundlage verstanden, die es ebenfalls zu stärken gilt: mit neuen Vorständen und einem aktiven Team von Unterstützern. Die kurzfristig gesteckten Ziele wie die Gewinnung neuer aktiver Mitglieder und das Knüpfen neuer Kontakte für eine bessere Vernetzung werden ebenso Thema einer weiteren Klausurtagung sein wie auch die langfristigen Ziele, die Weiterbildung und öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Für das nächste Treffen im Herbst sind weitere Teilnehmer sehr willkommen! ■



Mitarbeiter für Versand der INWO Schweiz gesucht

Viele interessante Medien sind in der Schweiz nur für viel Geld oder gar nicht erhältlich. Um das zu ändern, möchte die INWO Schweiz ihr Versandangebot erweitern. Durch Großbestellungen und günstigen Versand innerhalb des Landes könnten wir für attraktive Preise sorgen. Außerdem würden wir so als Anlaufstelle für bestimmte Themen noch attraktiver. Was uns dazu fehlt, ist jemand, der ein bis zwei Tage pro Woche Zeit für die nötigen Verpackungsarbeiten hat. Wir bemühen uns um einen finanziellen Ausgleich und Räumlichkeiten – und freuen uns über Unterstützung und Vorschläge!

Auf der Rückseite der Schweizer Ausgabe gibt es einen Vorgeschmack auf mögliche Angebote des Versands der INWO Schweiz. Aktuelle Informationen dazu gibt es unter www.INWO.ch und im Sekretariat. ■



Vortragsreihe mit Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger



Nach den Vorträgen mit Prof. Bernd Senf und Markus Rüegg im vergangenen Jahr konnten wir nun Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger für eine Vortragsreihe gewinnen. Für die bisher geplanten Stationen in Basel, Bern und Zürich (und vor allem für weitere Orte!) suchen wir Unterstützer. Möglich sind sowohl Vorträge zur Einführung, beispielsweise um eine neue Regionalgruppe zu gründen, als auch Vorträge über anspruchsvolle Themen für Kenner der Materie. Wenn Sie sich eine solche Veranstaltung vor Ort wünschen, dafür werben oder bei der Organisation helfen wollen, melden Sie sich bitte im Sekretariat der INWO Schweiz.

Veranstaltungen für kreative, verspielte und junge Menschen

Nach den guten Erfahrungen mit Spiele-Workshops und Jugendcamps der INWO Deutschland soll es nun auch in der Schweiz ein solches Angebot geben. Mit speziell dafür erfundenen oder abgeänderten bekannten Spielen sowie ansprechenden Vorträgen und Diskussionen wollen wir besonders jüngere Menschen wie Schüler und Studenten erreichen. Auch dafür bitten wir um Rückmeldung von denjenigen, die uns dabei unterstützen oder die selbst daran teilnehmen möchten. Davon ausgehend werden wir dann Ort und Termin auswählen.

Wir suchen neue Räumlichkeiten!

Da sich unsere Bürogemeinschaft in Aarau demnächst auflöst, freuen wir uns über Ihre Unterstützung, Ideen, Vorschläge und Angebote für das Sekretariat, den Versand und ggf. auch für die gelegentliche, regelmäßige oder dauerhafte Unterbringung von Helfern.

Da die beiden wichtigsten Mitarbeiter im Sekretariat, Christian Etzensberger und Frank Moser, in Bern leben und arbeiten, wären Räume in Bern oder Umgebung sehr willkommen – an anderen Orten jedoch auch!

Wenn Sie über einen freien Büroraum, einen Lagerplatz für den Versand und/oder eine Schlafgelegenheit verfügen, melden Sie sich bitte im Sekretariat der INWO – ebenso, wenn Sie den Umzug und die Neueinrichtung anderweitig unterstützen können!

Sie wollen mit anpacken?

Wir suchen Helfer, die die INWO vor Ort oder auch überregional unterstützen – vor allem dort, wo es noch keine regelmäßigen Treffen gibt. Von Leuten, die Flugblätter verteilen, in der Innenstadt eine Erdball-Aktion starten, über Organisatoren für Vorträge und Mitarbeiter an Infoständen bis hin zum (Web-)Designer oder anderen Fachleuten sind alle gefragt.

Damit wir möglichst gezielt, beispielsweise in einem bestimmten Kanton, suchen können, bitten wir um einige Angaben, die selbstverständlich vertraulich behandelt werden. Das Formular dafür sowie konkrete Aufgaben gibt es unter www.INWO.ch/mitmachen und im Sekretariat.



Gemeinsam die Medien erobern!

Seit Anfang des Jahres knüpfen wir verstärkt Kontakte zu Medien. Mit Ihrer Hilfe wollen wir diese Arbeit weiter ausbauen, damit endlich mehr über Alternativen zum maroden Finanzsystem berichtet wird.

Schreiben Sie ab und an Leserbriefe? Kennen Sie Medien, die für unsere Ideen offen sind? Haben Sie persönliche Kontakte zu Journalisten?

Dann melden Sie sich bitte bei uns! Wir arbeiten an einem neuen Medienverteiler, um mehr Journalisten zu erreichen und wir möchten gern das Schreiben von Leserbriefen anregen und unterstützen.

Bericht von der Mitgliederversammlung der INWO Deutschland

Die diesjährige MV fand am 18. April in Wuppertal statt, wo sich 30 Mitglieder in der wunderschön gelegenen Silvio-Gesell-Tagungsstätte einfanden, die übrigens in diesem Jahr 50 Jahre besteht.

Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Frank Bohner und der Wahl von Helmut Rau zum Versammlungsleiter hatte der erst im November neu gewählte, nunmehr dreiköpfige Vorstand bereits eine ganze Menge zu berichten:

Am 28. Dezember erfolgte der Umzug des Versands von Pommersfelden nach Wüstenfeld bei Rotenburg/Fulda. Seither konnten wir rund 50 Neumitglieder begrüßen. Zurzeit hat die deutsche INWO 942 Mitglieder. Es gab einen Neujahrsbrief an 4.000 Personen. Annemarie Voss-Steigner und Erich Lange, die den Versand betreuen, haben seit Jahresanfang bereits 318 Bestellungen bearbeitet. Im Shop werden einige neue Materialien angeboten, u.a. der Comic „Der Schatz von Wörgl“.

Dirk Grabowski hat ein stabileres Zelt für Infostände angeschafft. Mit Alwine Schreiber-Martens und Dominik Kolmann waren wir mit dem Ressourcen-Thema beim attac-Kongress präsent. Einzelvorträge an verschiedenen Orten gab es u.a. von Helmut Rau, Klaus Popp, Frank Bohner und Helmut Creutz, Filmvorführungen von Helmut Rau, Bettina Stratmann, Gudrun Müller u.a., und natürlich Seminare von Klaus Popp. Klaus stellte auf der MV sein Seminarkonzept vor. Eine Mappe hierzu kann bei ihm bezogen werden. Helmut Brandt organisierte Lesungen mit dem „Tahiti“-Autor Dirk C. Fleck. (Zu den neuesten Entwicklungen beim Tahiti-Projekt siehe S. 23.)

In verschiedenen Regionalgruppen, u.a. in Köln und der Eifel (Gudrun Müller), Mün-

chen (Tanja Krause), Stuttgart (Helmut Rau) und Eichsfeld (Markus Fiedler), fanden Aktivitäten statt oder stehen unmittelbar bevor. In Frankfurt (Wolfgang Ramming) gibt es einen regelmäßigen Stammtisch. An Arbeitsgruppen innerhalb des Vereins gibt es derzeit die Material-AG (Erich Lange, Markus Fiedler, Alwine-Schreiber-Martens); die PR-AG (Beate Bockting, Romeo Klein, Jörg Schreiner); die IT-AG (Martin Welch, Jörg Klempnow, Ralf Gelz), sowie die AG-Informationsdatenbank (Helmut Rau, Anita Janßen, Ralf Gelz).

Thematisiert wurde auf der MV auch die Ausgründung des Berliner „Fairconomy e.V.“ unter dem von der INWO entwickelten und verwendeten Begriff, die ohne vorherige Ankündigung einen Tag nach der außerordentlichen MV 2008 erfolgt war. Es wird allgemein begrüßt, dass die Berliner ihren eigenen Verein aufbauen. Eine Zusammenarbeit für die Zukunft wird von einigen befürwortet. Die Übernahme des Namens fairconomy ist jedoch aus Sicht der INWO inakzeptabel. Hierüber herrscht allgemein Konsens, zumal auch die Namensänderungsdiskussion in Bezug auf die INWO selbst weitergeführt werden soll.

Nach dem Kassenbericht wurde der Vorstand (inklusive des alten Vorstandes für die Restzeit bis Ende 2008) einstimmig entlastet. Bernhard Steurer-Gissel wird auch weiterhin die Kasse prüfen, zusammen mit Cornelia Gissel. Im Zusammenhang mit den Satzungsänderungsanträgen hat sich ergeben, dass bis zur nächsten MV eine Vereinsordnung entworfen werden soll. Darin soll u.a. die Frage der Stimmrechtsübertragung näher geregelt werden.

Gudrun Müller brachte den Wunsch nach einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Wirkung einer Umlaufsicherungs- oder Geldhaltegebühr nach freiwirtschaftlichen Vorschlägen vor. Das Thema wird weiterverfolgt. Prinzipiell soll für wissenschaftliche Arbeiten Geld bereit gestellt werden.

Der Ausblick für unseren Verein ist gut. Es gibt aber viel zu tun. Daher lautete das abschließende Motto der Versammlung: Machen, machen, machen!



DEUTSCHLAND

Auch bei der großen DGB-Demo am 16. Mai in Berlin zeigte die INWO Flagge. Für ein soziales Europa kamen 50 brandneue fairconomy-Fahnen erstmals zum Einsatz.



Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Für den 28. März hatte ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Demonstrationen aufgerufen. Die INWO war in Frankfurt dabei. Wenige Tage vor dem G20-Treffen in London wollten wir zeigen, dass ein anderes Weltwirtschaftssystem nötig ist. Eines, das Mensch und Natur dient, das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt, monopolisiert und zu spekulativen Zwecken benutzt werden – sondern als gesellschaftliche Leistungen allen Menschen zur Verfügung stehen.



Ziele der INWO-D für die nächste Zeit:

- Wir weiten die Mitarbeiterbasis aus.
- Wir haben bis zum Aktiventreffen im Herbst 1.000 Mitglieder.
- Wir entwickeln ein Konzept zur Lehrerfortbildung und zur Präsenz an den Schulen.
- Wir erweitern die Standpunktsreihe der INWO.
- Wir betreiben systematische Spendenakquise.
- Wir bauen die Regionalgruppen aus.
- Wir nehmen an verschiedenen Demos teil.

Vom 24.-26. April fand an der TU in Berlin der diesjährige McPlanet.com-Kongress statt, organisiert von BUND, Greenpeace, attac, Heinrich-Böll-Stiftung, eed, in Kooperation mit dem Wuppertal-Institut.

Die INWO war mit einem Büchertisch vertreten und am Sonntag früh um 9 Uhr (!) leitete Alwine Schreiber-Martens einen Workshop zum Thema »Schutz der Naturressourcen – wie kann das gehen?« Zehn Frühaufsteher nahmen immerhin teil, darunter zwei BUND-Jugend-Aktive, die erstaunt fragten: »Warum sind diese

Ideen nicht bei allen NGOs bekannt!?« Mit dem Verlauf des Workshops waren die Teilnehmenden sehr zufrieden, durch die kleine Anzahl kam man sehr gut ins Gespräch.

Die Gespräche am Büchertisch, den Matthias Bartsch organisiert hatte, waren ebenfalls sehr zahlreich und angenehm: freundliches Interesse, allerdings auch oft völlige Unwissenheit über wirtschaftliche Zusammenhänge und manchmal Desinteresse, sich genauer mit diesen Zusammenhängen zu beschäftigen.



1. Mai-Aktionen

Am 1. Mai war die INWO u.a. mit einem Stand auf dem Heumarkt in Köln präsent. Die Standbetreuer Cornelia, Jörg und Dirk konnten jede Menge Interessenten begrüßen und mit der Hilfe von Klaus und Anne wurden ca. 800 Fairconomy-Flyer mit einer Einladung zu einem Tagesseminar verteilt.

Dirk Grabowski: »Es hat richtig Spaß gemacht, den Leuten unsere Ideen zu erklären! Wir waren mit dem Tag sehr zufrieden und würden uns freuen, wenn jemand eine Idee hat, wo wir uns in Köln nochmal mit einem Infostand präsentieren können.«

Spenden

Während die Wirtschaft schrumpft, wächst nun die INWO! Wir steuern auf die Aufnahme des 1000. Mitglieds zu und hoffen, dieses noch in diesem Sommer begrüßen zu dürfen.

Doch auch wenn nicht: Uns geht die meist ehrenamtliche oder spärlich bezahlte Arbeit so schnell nicht aus. Bevor wir nun mit größeren Projekten loslegen können, möchten wir zunächst die laufenden »Geschäftsfelder« auf eine solide Grundlage stellen: Die Zeitschrift zu erstellen, die Seminarreihe durchzuführen, auf Veranstaltungen wie dem attac-Kongress oder dem Kirchentag präsent zu sein, sowie den Internetauftritt attraktiv zu gestalten, ist nicht ohne eine gewisse Ressourcenbasis (sprich: Geld) möglich.

Daher: Unterstützen Sie die laufenden Arbeiten der INWO. Wir freuen uns über jede scheinbar noch so kleine Spende – und werden versuchen, diese zugleich zu Ihrem besten »Investment in die Zukunft« zu verwandeln.

Unsere Kontoverbindung:

INWO Deutschland e.V., Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67), IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS.

Da wir ein gemeinnütziger Verein sind, können Spenden an uns steuerlich abgesetzt werden. Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 Euro unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 Euro gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

Die Dominanz des Geldes – Symposium in Würzburg

Attac, campus Würzburg, verdi, die katholische Arbeitnehmerbewegung und die INWO veranstalteten am 9. und 10. Mai ein alternatives Gesellschafts- und Wirtschaftssymposium in Würzburg. Am Samstag gab es sechs Vorträge interessanter Referenten, die die Gelegenheit boten, sich dem Thema Geld und Wirtschaft aus verschiedenen Perspektiven zu nähern:

Georg »Cosmic« Nägle, Singer/Songwriter, Publizist, Musikproduzent und Gründer des Cosmic's poetryclub berichtete über die Idee und die Ziele des Projekts www.liebeangelamerkel.de, über die Notwendigkeit einer breit angelegten Debatte zur Durchleuchtung des Geldsystems und der Geldordnung sowie die Möglichkeiten von Bündnissen.

Prof. em. Bernd Senf, VWL-Professor an der Fachhochschule für Wirtschaft in Ber-

lin und bekannter Buchautor (»Der Nebel um das Geld«), gab einen Einblick in die tieferen Ursachen der Weltfinanzkrise – und in die notwendige Konsequenzen.

Raimund Brichta, seit 1992 Moderator der n-tv Telebörsen, der ältesten Börsensendung im deutschen Fernsehen, sprach über »Geld und Schuld – wer ist schuld an der Krise?« Brichta moderierte auch die abschließende Podiumsdiskussion am Samstagabend.

Alternativen zum Kapitalismus, die allerdings etwas nebulös blieben, stellte nach der Mittagspause Dipl.-Volkswirt Thomas Dürmeier vor, Doktorand an der Universität Kassel und zudem Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, Vorstandsmitglied bei LobbyControl und dem Arbeitskreis Postautistische Ökonomie.

INWO-Referent Klaus Popp machte Vorschläge, wie wir aus dem ökologisch-öko-

nomischen Dilemma herauskommen können. Die Forderung der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft nach permanentem Wachstum kritisierte er als unrealistisch.

Als letzter Referent besprach Prof. Dr. Ulrich Scheiper, Professor an der FH Würzburg-Schweinfurt mit den Schwerpunkten Volkswirtschaft, Statistik und Persönlichkeitsbildung, elementare Konstruktionsfehler unseres Geld- und Finanzsystems und die daraus resultierenden Gefahren. Dabei griff er auch auf die Analysen von Helmut Creutz zurück und beklagte, wie unfähig seine Zunft sei, die mathematischen Gesetzmäßigkeiten zu begreifen. Er plädierte für mehr Vielfalt beim Geld. Wir sollten verschiedene Arten von Geld gleichzeitig nutzen, um ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften zu fördern.

32. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Vom 20.-24. Mai versammelten sich mehrere hunderttausend Menschen in Bremen, um den Kirchentag unter dem Motto »Mensch, wo bist du?« zu feiern. Zentrale Themen der Veranstaltung waren Menschenwürde, Solidarität und die jüngste deutsche Geschichte. Insgesamt wurden 2.500 Veranstaltungen rund um den Kirchentag angeboten.

Der traditionelle INWO-Stand auf dem »Markt der Möglichkeiten« war wie immer perfekt von Erich und Peter Lange gestaltet und aufgebaut, diesmal auf drei Flächen nebeneinander, zwölf mal drei Meter. Angesiedelt war er beim Thema »Arbeit, Arbeitslo-



Das Räderwerk wirkte als Anziehungspunkt beim Evangelischen Kirchentag

sigkeit, Armut« – und dadurch nicht in der Nähe der CGW, die unter »Globalisierung menschlich gestalten« an ganz anderer Stelle platziert waren. Es hatte sicher auch sein Gutes, dass unser Gedankengut so an verschiedenen Stellen zu finden war.

Das Räderwerk wirkte wieder als guter Anziehungspunkt und Anknüpfungspunkt für Gespräche, von denen es viele gab. Eine ganze Reihe von Mitgliedern war als Standbetreuer gekommen. Die Stimmung war sehr gut. Klaus Popp hielt am Samstagnachmittag auf dem »Marktplatz« einen Vortrag, der auf reges Interesse stieß.

INWO

DEUTSCHLAND

Tahiti-Projekt und fairconomy am 15. März in Köln

Einmal im Monat treffen sich die Mitglieder der INWO-Regionalgruppe Köln im Bürgerzentrum zum Gespräch. Anfang des Jahres stellte Dirk Grabowski dort voller Begeisterung das Buch von Dirk C. Fleck »Das Tahiti-Projekt« vor – und die Begeisterung griff auf Helmut, das jüngste Kölner INWO-Mitglied über. Helmut ist Künstler, Psychologe und Sozialpädagoge. Er engagiert sich im Kölner »Allerwelts Haus« und hatte die Idee, Dirk C. Fleck zu einer Lesung nach

Köln zu holen. Mit Unterstützung der anderen Kölner INWOler kam es dann auch in kürzester Zeit zu einer Matinée in dem interkulturellen Begegnungszentrum.

Ein wunderbarer Platz für das Tahiti-Projekt und die INWO! Es gab ein interessiertes Publikum und eine lebhafte Diskussion. Sogar ein Audio-Mitschnitt wurde gemacht, den man ein paar Tage später auf www.radiokoeln.de hören konnte. Auf [\[WO.de/videos\]\(http://WO.de/videos\) gibt es ein Filmchen zu gucken, das den Schauspieler Rolf Becker bei einer Lesung aus dem Tahiti-Projekt zeigt.](http://www.IN-</p></div><div data-bbox=)

Eine weitere Zusammenarbeit der Kölner INWO-Gruppe mit den entwicklungs- und friedenspolitisch engagierten »Allerwelts Häusern« ist angedacht.

Diskussion um »Let's make money«

Auf Einladung des Allerweltskino e.V. Köln hatte Klaus Popp am 21. April Gelegenheit, mit 60 Besuchern des Films »Let's make money« über die Analyse und die Ziele der INWO zu diskutieren. Die Kooperation mit Attac Köln stellte sich für alle Beteiligten als Gewinn heraus. Die Hälfte der ca. 120 Besucher im OFF Broadway Kino blieb bis 23 Uhr, um Fragen und Anregungen loszuwerden. Die Atmosphäre war überaus positiv. Durch den kurzfristigen Ausfall der zweiten Referentin, Frau Dr. Renée Ernst (UN-Millenniumskampagne), ergab sich in der Diskussion eine Zuspitzung auf die Zinskritik und die Ursachen der Schuldenentwicklung.

Verlosung - »Let's make money«

Wir verlosen drei DVDs des Films »Let's make money« von Erwin Wagenhofer sowie drei Exemplare des Buchs zum Film. An der Verlosung teilnehmen können Sie über unsere Internetseite www.INWO.de.

Für diejenigen, die dabei diesmal kein Glück haben: Bald werden wir die DVD auch in unserem Shop zum Kauf anbieten! Da der Versand bei uns in der Regel kostenlos ist, sparen Sie gegenüber anderen Anbietern.



Termine

Fr.-So., 26.-28. Juni, ab 16.00 Uhr
Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Kapitalismus war gestern? Was kommt danach?

Festveranstaltung:

50 Jahre Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Der Freiwirtschaftliche Jugendverband FJVD feiert zusammen mit dem Förderverein NWO e.V. und der Zeitschrift Humane Wirtschaft. Um frühzeitige Anmeldung (speziell für Übernachtungsgäste) wird gebeten:

Tel. 02053-42 37 98,

Mail: redaktion@humane-wirtschaft.de

Das Programm finden Sie unter:

www.humane-wirtschaft.de

So.-Mi., 5.-8. Juli 2009

Ganztägige Mathematikkonferenz in Bonn

Bei der »EURO Conference 2009« (Creating Competitive Advantage – 23rd European Conference on Operational Research) wird Prof. Dr. Jürgen Kremer die Dynamische Analyse (<http://www.INWO.de/DynamischeAnalyse>) vorstellen. Das wirtschaftsmathematische Modell belegt, dass die Standard-Volkswirtschaftslehre auf Voraussetzungen beruht, die zum Teil unrealistisch und sogar fehlerhaft sind. Ebenfalls teilnehmen wird Steve Keen, Professor an der School of Economics and Finance der University of Western Sydney. Keen hat nachgewiesen, dass die Ableitung eines der Fundamente der Volkswirtschaftslehre, die Theorie des Unternehmens, mathematisch fehlerhaft ist. Die Konferenz richtet sich vor allem an professionelle Mathematiker.

<http://www.euro-2009.de>

11.-12. Juli 2009

Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, Bad Boll

Tagung: Wege aus der Depression

Nähere Informationen und Anmeldung unter: <http://www.sffo.de>

Sa., 19. September 2009, 11.00-19.00 Uhr
Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, Köln

Der Kollaps des Finanzsystems – Folgen und Ausweg

INWO-Tagesseminar in Köln zum Kollaps des Finanzsystems

»Mehr Wirtschaftswachstum!«, lautet die hilflose Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Kern eine Folge der Überproduktion ist. Kürzere Arbeitszeiten und Senkung der Kapitalkosten sind als wirkungsvolle Maßnahmen noch immer tabu. Die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. (INWO) und der Buchautor Klaus Popp (»Das Märchen vom guten Zins«) laden Sie zu einem spannenden Tag-

eseminar ein, in dem aktuelle Fragen zu den persönlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise aufgegriffen werden. Das Seminar richtet sich an Menschen, die mehr über die Hintergründe unserer instabilen Währungs- und Wirtschaftsentwicklung wissen möchten. Im Mittelpunkt steht die Kritik an einem Geldverständnis, das den Unternehmen permanentes Wachstum abverlangt. Grenzenloses Wirtschaftswachstum destabilisiert die Gesellschaften und führt die Welt von einer Krise in die nächste.

Mehr Infos auf: www.klaus-popp.info

Das Seminar ist kostenfrei bis auf die Anmeldegebühr von 10 Euro. Darin enthalten ist eine Mittagsmahlzeit. Anmeldungen und Fragen bitte an Klaus Popp:

Klaus.Popp@INWO.de, Tel.: 0211 / 304105 oder

an Dirk Grabowski: Tel.: 02262 / 729985.

Verbindlich wird die Anmeldung mit der Überweisung von 10 Euro Anmeldegebühr auf folgendes Konto der INWO e.V.: GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum Kto.: 6010451400, BLZ: 43060967, Verwendungszweck: INWO Tagesseminar Köln 1/09

Fr.-So., 9.-11. Oktober 2009

Beginn: Freitag, 20.00 Uhr, Ende: Sonntag: 14.00 Uhr, Johanniterhof, 78052 Villingen-Schwenningen

Finanzmarktkrise – werden die Menschen der Globalisierung geopfert?

Workshop mit Prof. Wolfgang Berger, www.business-reframing.de

Workshop-Preis: 295,00 Euro (ohne Übernachtung/Verpflegung), Wochenend-Arrangement für Übernachtung/Verpflegung möglich.

Infos/Buchung: www.johanniterhof.de,

Tel. 07721-63315, info@johanniterhof.de

Sa., 7. November 2009, 18.00 Uhr

VHS Essen, Burgplatz 1, Essen

Börsenkrise – Bankenkrise – Wirtschaftskrise. Ursachen, Folgen und Auswege

Tagesseminar veranstaltet von: VHS Essen und Tauschkreis Essen

Referenten: Helmut Creutz, Aachen und Willi Schmülling, Essen

Kontakt und Info: www.vhs@essen.de,

Tel.: 02054 / 80680

Seminarangebot

Auswege aufzeigen – Krisen verhindern

Ein Seminarangebot der INWO

Wenn man sich bereits ein wenig mit dem Anliegen der INWO und der Funktionsweise unseres Geldsystems befasst hat, wird einem

schnell klar: Eine Reform des Geldsystems und der Bodenordnung ist zwingend. Nur dadurch werden die zunehmend bedrohlicheren Krisensymptome lösbar.

Gute Gründe ein Seminar zu organisieren und für die INWO zu werben

- Ein Ende der exponentiellen Wachstumsdynamik im Geldwesen beruhigt und stabilisiert die Volkswirtschaft in vielen Bereichen.
- Das Verschwinden der leistungslosen Umverteilung von der Arbeit zum Besitz schafft Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.
- Die Überwindung von Inflation und Deflation schafft Grundlagen für eine dauerhaft stabile, nachhaltige Entwicklung.
- Der Boden gehört allen. Mit dem Prinzip »nutzen statt besitzen« bekommen alle Menschen entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten die Chance, den Boden zu nutzen.
- Durch das Ende des Wachstumszwangs werden am Bedarf der Menschen orientierte Volkswirtschaften ermöglicht. Dieses ist eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander im Gemeinwesen, zwischen den Völkern und im Zusammenwirken von Mensch und Natur.

So einleuchtend unsere Analyse und unsere Reformideen sind – es sind noch immer zu wenig Menschen, denen unser Ansatz vertraut ist und die den Mechanismus des Geldes nachvollziehen können.

Durch die Organisation von Seminaren helfen Sie mit, die Basis von Aktiven und Sympathisanten zu vergrößern.

Die Demokratie braucht aufgeklärte Bürger. Machen Sie mit!

Die Seminare richten sich an:

- Interessierte Laien
- Schüler der gymnasialen Oberstufe
- Gesellschaftlich engagierte Personen aus den sozialpolitischen Verbänden, den Kirchen, den Gewerkschaften, der Friedenspolitik, dem Umweltschutz

Unser Angebotsspektrum umfasst Fragen wie: »Welche Konsequenzen hat die Finanzkrise für den Einzelnen und seine Umwelt?«

»Wohlstand ohne Wachstum, ist das denkbar?«

»Arbeit fair teilen? Ist eine Verteilung von Arbeit und Wohlstand auf alle Menschen denkbar?«

»Welcher Schritte bedarf es, um zu einer dauerhaft stabilen und wachstumsneutralen gesellschaftlichen Entwicklung zu gelangen?«

Weitere Themen für Seminare und Vorträge finden Sie unter www.klaus-popp.info. Bitte fordern Sie weitere Informationen telefonisch oder per E-Mail an.

Klaus Popp, Fairconomy Büro,

Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211-304105

E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de,

www.klaus-popp.info

Bedingungsloses Grundeinkommen – oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?

Das seit einigen Jahren heiß diskutierte »Bedingungslose Grundeinkommen« (BGE) für alle Bürger ist zwar durch die aktuellen Krisenereignisse etwas überlagert, aber nicht verdrängt worden. Vielmehr scheint gerade jetzt eine solche vorbehaltlose Zahlung an alle Bürger eine gute Lösung zu sein. Eigentlich müsste man jedoch grundsätzlicher ansetzen.

Geht man von der häufig erwähnten Höhe von 800 Euro im Monat und damit von 9.600 Euro pro Kopf im Jahr aus, würde dafür – bei rund 82 Millionen Bürgern – p. a. ein Aufwand von 787 Mrd. erforderlich sein, oder auf jeden der 38 Millionen Haushalte bezogen ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 20.700 Euro. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass im Durchschnitt jeder Haushalt diesen gleichen Betrag auch aufbringen muss. Denn alle in einer Volkswirtschaft anfallenden Kosten, gleichgültig ob für Material, Personal, Kapital, wie auch alle staatlichen Zuwendungen, werden immer über die Kette aller Preise bis zu den Endverbrauchern weitergewälzt! Während jedoch das erhaltene BGE mit jährlich 20.700 Euro für jeden Haushalt eine feste Größe ist, hängen die daraus resultierenden Lastenanteile von den unterschiedlichen Haushaltsausgaben ab, die sich jeweils aus den Einkommen abzüglich der Ersparnisse ergeben.

Auch Götz Werner, der Chef der DM-Ladenkette, der sich besonders vehement für die Einführung des BGE einsetzt, geht bei der Aufbringung der Mittel von einer Art ausgeweiteter Mehrwertsteuer und damit einem festen Satz in den Preisen aller Güter und Leistungen aus. Wenn aber jeder Haushalt nicht nur ein festes BGE erhält, sondern auf der anderen Seite auch die Kosten dafür tragen muss, dann entscheidet alleine die Differenz zwischen diesen beiden Größen über den Vorteil des BGE!

Die Ermittlung der BGE-bedingten Umverteilungen

Als Ausgangsgrößen für die nachfolgenden Ermittlungen werden die allgemeinen statistischen Daten für BIP, Haushaltseinkünfte und Ersparnisse herangezogen. Grundlage für die Verteilung auf die Haushalte sind die Ergebnisse der letzten Einkommens- und Verbrauchs-Stichproben sowie darauf auf-

Der tatsächliche Zugewinn für die ärmere Hälfte der Haushalte liegt bei nur 30% des auszuzahlenden Grundeinkommens, denn für den Rest müssen sie selber aufkommen.

bauende eigene Annäherungsrechnungen. Und zur Ermittlung der Umverteilungen werden die 38 Millionen deutschen Haushalte in drei unterschiedlich große Gruppen aufgeteilt:

Die Gruppe A umfasst mit 19 Millionen das erste bis fünfte Zehntel der Haushalte, also die Hälfte der 38 Millionen Haushalte mit geringen Einkommen. Die zweite Gruppe B umfasst das sechste bis neunte Zehntel aller Haushalte und mit 15,2 Millionen etwa den Mittelstand. Das letzte Zehntel, mit 3,8 Millionen Haushalten, steht dann für die Haushalte mit den höchsten Einkommens- und Vermögenswerten.

Sowohl die Ausgangsgrößen als auch die Aufteilungen auf die drei Gruppen gehen aus der Tabelle 1 hervor, aus dem abschließen-

den Saldo zwischen BGE-Lasten und -BGE-Einkommen dann die Umverteilungs-Endergebnisse.

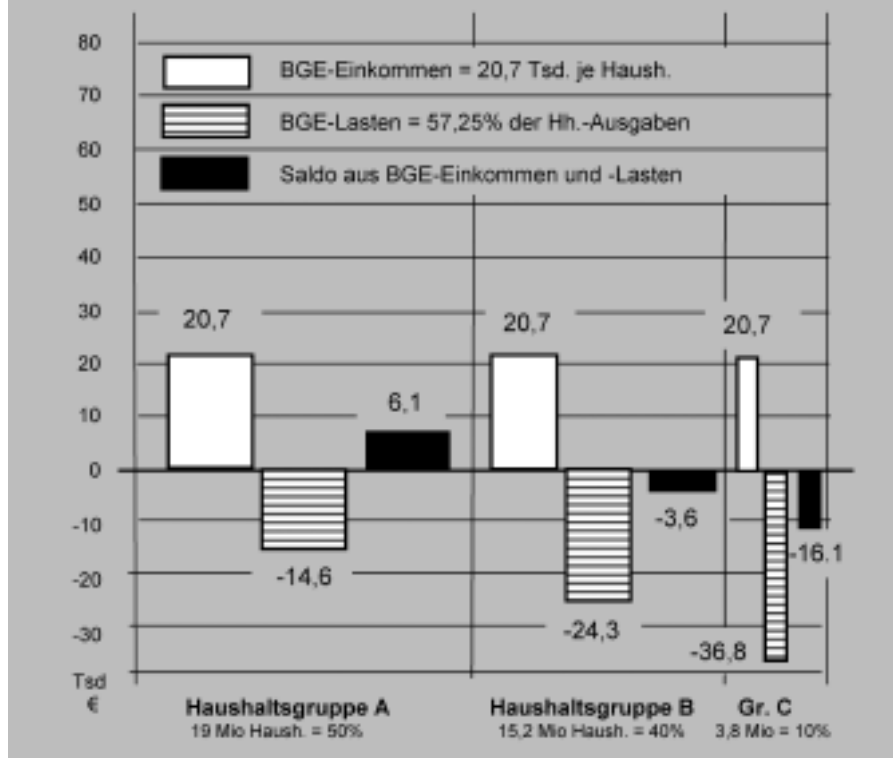
Wie die Saldierungs-Ergebnisse zeigen, ergibt sich für die 19 Mio. Haushalte der Gruppe A ein jährlicher Zugewinn von 6.152 Euro, der also nur bei knapp 30% des tatsächlich erhaltenen BGE von 20.710 Euro liegt. Dieser Zugewinn der Gruppe A wird durch Verluste der 15,2 Mio. Haushalte in der Gruppe B mit jeweils 3.591 Euro ausgeglichen und vor allem durch die 3,8 Mio Haushalte in der Gruppe C, in Höhe von jeweils 16.063 Euro. Im Umfang dieser Differenzen kommt es also zu einer positiv zu wertenden Umverteilung von der Haushalthälfte mit höheren Einkommen zu jener mit niedrigen Einkommen!

Tabelle 1: Die verfügbaren Einkommen sowie die Ausgaben der Haushalte – insgesamt und aufgeteilt auf drei Gruppen – Bezugsjahr 2007:

	ges. Haush:	Gruppe A:	Gruppe B:	Gruppe C:
Einkommen. insges:	1.541 Mrd	493 Mrd	709 Mrd	339 Mrd
Verteilung in %:	(100%)	(32%)	(46%)	(22%)
div. durch Anzahl der Hh.:	38 Mio	19 Mio	15,2 Mio	3,8 Mio
= Eink. je Haushalt:	40.553 €	25.947 €	46.645 €	89.211 €
abzügl. Ersparnisse:	4.380 €	519 €	4.198 €	24.979 €
Sparquote:	(10,8%)	(2%)	(9%)	(28%)
= Haushaltsausgaben:	36.173 €	25.428 €	42.447 €	64.232 €
in % des Durchschnitts:	(100%)	(70%)	(117%)	(178%)
BGE-Lasten- und Einkommensvergleich je Haushalt				
BGE-Last = 57,25% d.Ausg.	20.710 €	14.558 €	24.301 €	36.773 €
BGE-Einkommen:	20.710 €	20.710 €	20.710 €	20.710 €
BGE-Saldo je Haushalt:	+/- 0	+ 6.152 €	- 3.591 €	- 16.063 €
=====				

BGE-Einkommen und BGE-Lasten und deren Saldierung

Aufgeteilt auf drei Haushaltsgruppen - Größen je Haushalt in Tsd. € p.a.



Darstellung 1: Die Höhen der weißen Säulen stehen für die BGE-Einkommen je Haushalt, die ins Minus gesetzten gestreiften Säulen für die jeweils zu tragenden BGE-Lasten. Die schwarzen Säulen geben den Saldo zwischen beiden Größen wieder. Wie ersichtlich, ist dieses Ergebnis bei der Haushaltsgruppe A mit 6,1 Tsd. € je Haushalt positiv und bei den Gruppen B und C negativ. - Die Haushalte dieser beiden Gruppen bezahlen also das positive Ergebnis der Gruppe A.

Diesen Umverteilungseffekt gibt die Darstellung 1 noch einmal optisch wieder. Darin sind die BGE-Einkommen je Haushalt als helle Säulen wiedergegeben, die Lasten als quer gestreifte Säulen. Die unterschiedlichen Breiten der Säulen stehen für die Anzahl der Haushalte in den Gruppen und die Säulenhöhen - links an der Skala abzulesen - für die jeweiligen Betragshöhen. Aus der Verrechnung beider Säulen ergibt sich dann in jeder Gruppe, mit den schwarzen Säulen, das Umverteilungsergebnis.

Die Ermittlungen der kapitalbedingten Einkommens-Umverteilung

Mit den kapitalbedingten Umverteilungen sind die Einkommensströme aus allen in der Wirtschaft eingesetzten Vermögenswerten gemeint. Im weitesten Sinne also alle Erträge aus Geld- und Sachkapital, einschließlich Boden, denen - wie bei den BGE-Einkommen - im gleichen Umfang Lasten gegenüberstehen, die von der Gesamtheit aller Haushalte zu tragen sind. Über die daraus resultierenden Umverteilungen ist es seit Anfang unserer Wirtschaftsepoche zu ständig zu-

nehmenden Einkommensverschiebungen zwischen Kapital und Arbeit gekommen! So nahmen von 1970 bis 2007 z.B. allein die Bankzinserträge von 25 auf 419 Mrd. Euro und damit auf rund das 17-Fache zu, während das BIP in der gleichen Zeit von 361 auf 2.424 Mrd. und damit »nur« auf das rund Siebenfache anstieg, die Summe der Nettolöhne und -gehälter, von 123 auf 623 Mrd., sogar nur auf das Fünffache!

Als Folge dieser unterschiedlichen Entwicklungen fielen die Einkommen aus Arbeit, gegenüber den Zinslasten immer mehr zurück: Lagen die an die Banken gezahlten Zinsen 1970 noch bei 20% der Nettolöhne, so erreichten sie 2007 bereits 67% - also zwei Drittel! - dieser Einkommensgröße, die für die große Mehrzahl der Haushalte entscheidend ist! Und das trotz deutlicher Zunahme der Arbeitnehmer auf das 1,5-Fache!

Die an die Banken gezahlten Zinsen lagen 2007 bereits bei 67% der Nettolöhne. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die leistungslosen Einkünfte aus Kapital diejenigen aus Arbeit übersteigen!

Angesichts dieses kontinuierlichen Überanstiegs der Bankzinserträge, ist es nur eine Frage der Zeit, bis diese leistungslosen Einkünfte aus Kapital diejenigen aus Arbeit übersteigen! Das vor allem, wenn man die übrigen Kapitallasten mit hinzunimmt, zu denen nicht nur die außerhalb der Banken erwirtschafteten Zinsen gehören, sondern auch die Kapitaleinkommen aus den schuldenfreien in der Wirtschaft eingesetzten Sachvermögen: Sie alle leiten ihre Ansprüche aus den Verzinsungen der Geldvermögen ab! Denn so lange die Geldvermögen - ohne eingebrachte Arbeitsleistungen der Besitzer! - regelmäßig mit Zinsen belohnt werden, wird kein Investor oder Unternehmer auf die Verzinsung seiner Sachvermögen verzichten!

Ausgangsgröße für die nachfolgenden Berechnungen dieser kapitalbedingten Umverteilungen ist wieder das offizielle Zahlenmaterial des Jahres 2007. So wurde z.B. für 2007 von der Deutschen Bundesbank ein Gesamtbestand an Geldvermögen in Höhe von 7.917 Mrd. Euro ausgewiesen und für die Gesamtverschuldungen ein Betrag von 7.583 Mrd. Für das gesamte Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, das sowohl die verschuldeten Sachkapitalbestände als auch die unverschuldeten enthält, wies das Institut der deutschen Wirtschaft bereits für 2004 einen Betrag von 11.200 Mrd. aus. Das heißt, die Geldvermögen waren Ende 2007 3,3mal so groß wie das BIP, und die gesamten Kapitalvermögen etwa 4,5mal!

Wenn bei der nachfolgenden überschlägigen Berechnung, bezogen auf 2007, von einer Gesamt-Kapitalsumme von 11.600 Mrd. ausgegangen wird, einschließlich aller wirtschaftlich eingesetzten Bodenflächen, dürfte dieser Betrag als Grundlage der gesamten Kapitalrenditen also kaum zu hoch gegriffen sein. Entscheidend ist jedoch auch hier - wie schon bei den Grundeinkommen - der jeweilige Schlüssel, nach dem sich diese Kapitalrenditen, bzw. die daraus resultierenden Lasten, auf die Haushalte verteilen.

Ausgehend von den bereits genannten Einkommens- und Verbrauchs-Stichproben-Erhebungen, die alle fünf Jahre durchgeführt werden, und dem eingesetzten Gesamtkapital von 11.600 Mrd., wird hier für die Gruppe A ein Vermögensanteil von 4% eingesetzt. Der in diesen Stichproben-Erhebungen für das reichste Zehntel (Gruppe C) ausgewiesene Anteil von 42%, wurde jedoch nicht übernommen. Vor allem, weil bei dieser Erhebung nur die Haushalte bis zu einem Mo-

Tabelle 2: Verteilung des Geld- und Sachkapitals auf die gesamten Haushalte sowie die drei Teilgruppen, bezogen auf das Jahr 2007:

	insgesamt:	Gruppe A:	Gruppe B:	Gruppe C:
Haushalte in Mio:	38	19	15,2	3,8
prozentuale Verteilung:	(100%)	(50%)	(40%)	(10%)
Gesamtkap. der Hh.:	11.600 Mrd	464 Mrd	4.176 Mrd	6.960 Mrd
prozentuale Anteile:	(100%)	(4%)	(36%)	(60%)
Kap. je Hh. i. M. in €:	305.263	24.421	274.737	1.831.579
Verzinsung / Zinssätze:	5,1%	2%	4%	6%
= Kap. Eink. je Hh. in €:	15.568	488	10.989	109.895
Ausgaben je Hh. in €:	36.173	25.428	42.447	64.232
Saldierung der kapitalbedingten Lasten und Einkommen				
Kap. Last (43% d. Ausg.):	15.568	10.934	18.252	27.620
Kapital-Einkommen:	15.568	488	10.989	109.895
Differenz / Saldo:	+/- 0	- 10.446	- 7.263	+ 82.275

natseinkommen von 35.000 Euro erfasst worden sind! Das heißt, dort, wo die Zahlen interessant zu werden beginnen, hört die Statistik leider auf!

Nach verschiedenen Hochrechnungen von Finanzinstituten liegt die Vermögenskonzentration in dieser Haushaltsgruppe C bereits bei mehr als 80%! Um keinesfalls zu hoch zu greifen, wird in der nachfolgenden Berechnung für dieses reichste Zehntel ein Anteil von 60% angesetzt, ein Betrag, der durch jüngste Berechnungen des DIW bestätigt wird. Für die Gruppe B verbleiben damit 36%.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sind die Ergebnisse dieser kapitalbedingten Umverteilungen wesentlich krasser als bei den BGE. Das hängt damit zusammen, dass hier nicht nur die Lasten unterschiedlich verteilt sind, sondern zusätzlich in extremer Weise auch die Vermögensbestände und damit die daraus resultierenden Einkommen, die bei den BGE für alle Haushalte gleich groß waren. Als Folge dieser Zusammenhänge fallen in der Gruppe A Lasten von 10,9 Tsd. Euro an, denen auf der anderen Seite nur Einkünfte in Höhe von 0,5 Tsd. Euro gegenüberstehen. Insgesamt ergibt sich also ein Verlust von 10,4 Tsd. Euro.

Auch bei der Gruppe B übersteigen die Lasten von 18,3 Mrd. die Einkünfte von 11 Tsd. Euro erheblich, so dass auch hier ein Verlust von 7,3 Tsd. Euro im Jahr entsteht! Nur bei der Gruppe C kehren sich diese kapitalbedingten Umverteilungen ins Positive um: Einkünften von 109,9 Tsd. stehen Lasten von

27,6 Tsd. Euro gegenüber, sodass als Nettogewinn ein Saldo von 82,3 Tsd. Euro je Haushalt und Jahr übrig bleibt.

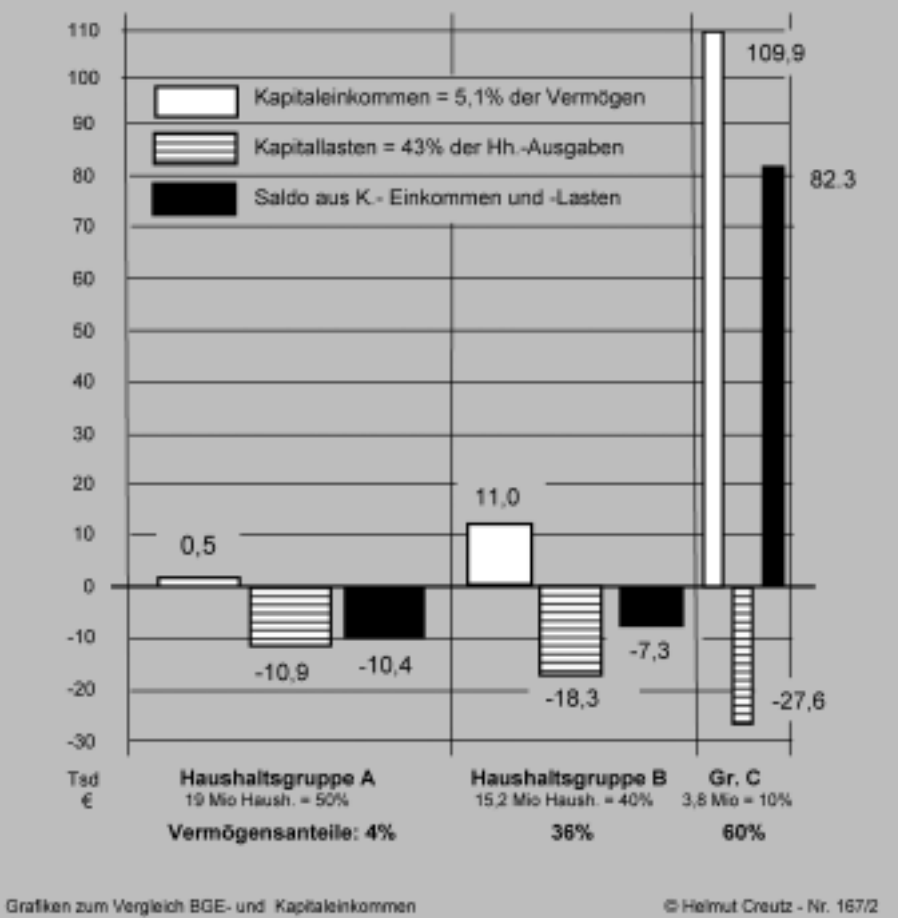
Diese krassen Größenunterschiede werden in der Darstellung 2 besonders deutlich.

Vergleich der Salden aus den BGE- und den kapitalbedingten Umverteilungen

Dass beide Umverteilungssysteme nicht nur unterschiedliche Tendenzen aufweisen, sondern auch unterschiedliche Ergebnisse und Konsequenzen, macht die Gegenüberstellung der beiden Salden in Tabelle 3 deutlich.

Wie aus dem Gesamtsaldo ersichtlich, wird der positive BGE-Saldo der Gruppe A durch den Kapitalsaldo negativ. Noch größer ist der Verlust bei der Gruppe B, in der sich die beiden negativen Einzelsalden addieren. Klare Gewinner bleiben, trotz der deutlich negativen BGE-Salden, die Haushalte in der Gruppe C, mit einem Plus von 66,2 Tsd. Euro. Das heißt, die sozial positiven Wirkungen des BGE werden durch die kapitalbedingten Einkommensströme nicht nur relativiert, son-

Kapitaleinkommen und Kapitallasten sowie deren Saldierung
Aufgeteilt auf drei Haushaltsgruppen - Größen je Hh. in Tsd. Euro p.a.



Darstellung 2: Wie schon bei der Darstellung 1 stehen auch hier die weißen Säulen für die Einkommen und die gestreiften für die Belastungen. Die schwarzen Säulen geben die sich daraus ergebenden Salden wieder. Wie daraus ersichtlich, sind die Haushalte der Gruppe A - aufgrund der geringen Kapitaleinkommen - die großen Verlierer, aber auch die Gruppe B zahlt bei der Umverteilung drauf. Gewinner ist alleine die Gruppe C mit Netto-Kapitaleinkommen von über 82 Tsd. € je Haushalt.

Tabelle 3: Zusammenfassung der Salden aus den BGE- und kapitalbedingten Umverteilungsrechnungen:

	insgesamt:	Gruppe A:	Gruppe B:	Gruppe C:
Haushalte in Mio:	38	19	15,2	3,8
in Prozentanteilen:	100%	50%	40%	10%
Saldo BGE-Lasten u. Eink.:	+/- 0	+ 6.152 €	- 3.591 €	- 16.063 €
Saldo Kap.-Lasten u. Eink.:	+/- 0	- 10.446 €	- 7.263 €	+ 82.275 €
Gesamtsaldo:	+/- 0	- 4.294 €	- 10.854 €	+ 66.212 €

dern sogar aufgehoben bzw. ins Gegenteil verkehrt. Dies verdeutlicht noch einmal die Darstellung 3, aus der die fallenden Größen der BGE-Salden und die gegenläufig steigenden der Kapitalsalden besonders deutlich werden.

Diese Umverteilungen über die Kapitalkosten- und -einkommensströme dominieren so sehr, dass sie selbst bei einer Halbierung der Zinsen noch wirksam wären und die Vorteile der BGE-Umverteilung weiterhin überstiegen. Zwar würde bei einer Zinshalbierung der positive Gesamtsaldo bei der Gruppe C von rund 66,2 auf 25,2 Tsd. Euro zusammenschmelzen und sich der Endsaldo bei der Gruppe A von minus 4,3 Tsd. Euro in einen positiven Saldo von rund eintausend Euro verändern und bei der Gruppe B käme es immerhin zu einer Reduzierung des negativen Endsaldos von 10,9 auf rund 7 Tsd. Euro.

Resümee:

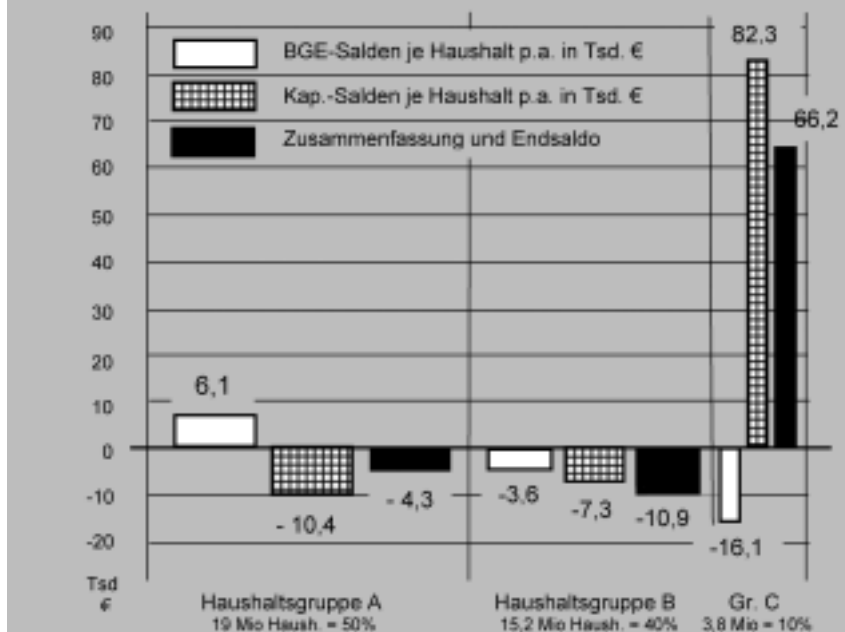
Die mit dem BGE verbundenen Engagements sind in ihrem Ansatz zweifellos positiv. Die Zahlen und Vergleichsrechnungen dürften jedoch deutlich machen, dass mit solchen Maßnahmen die Situation zwischen den Haushaltsgruppen zwar etwas entspannt, aber an den grundlegenden Problemen unseres derzeitigen vom Kapital beherrschten Wirtschaftssystems nichts verändert wird. Das besonders vor dem Hintergrund, dass die zu erwartenden Folgen der heutigen Wirtschaftskrise die Einkommen aus Arbeit wesentlich mehr belasten dürften als die aus Geldvermögen. Denn während die Vermögensbestände, zusammen mit den Banken, durch staatliche Hilfsmaßnahmen weitgehend »gerettet« werden, fließen aus diesen öffentli-

chen Mitteln nur schmale Rinnsale in die Taschen der von Arbeit lebenden Menschen, deren Arbeitsplätze auch noch zunehmend verloren gehen! Außerdem muss diese »Ret-

bare Anreiz zur Einbringung von Leistungen so zurückgeht, dass die Versorgung der Gesamtgesellschaft nicht mehr gewährleistet ist. Denn alle Werte, die man in einer Gesellschaft verteilen kann, stammen immer nur aus der Arbeit von Menschen, die jedoch – bei den wuchernden Entwicklungen in der Geld- und Finanzwirtschaft – immer mehr den Kürzeren ziehen. Die daraus resultierenden exponentiell zunehmenden Problem-entwicklungen, die zwangsläufig zu immer größeren Krisen und Kollapsgefahren führen, können nur durch eine Korrektur dieses letztlich zerstörerischen Systemfehlers überwunden werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die Überlegenheit des Geldes, das auch auf gesättigten Märkten und bei Wachstumsraten von Null einen Zins erpressen

Vergleich BGE- und Kapitalsalden sowie Gesamtsaldierung

BGE-Lasten = Aufwendungen für das BGE = 57% der jeweiligen Haushaltsausgaben



Grafiken zum Vergleich BGE und Kapitaleinkommen

© Helmut Creutz - Nr. 167/3

Die weißen Säulen geben in allen Haushaltsgruppen die jeweiligen BGE-Salden wieder, die karierten die kapitalbedingten Salden, und die schwarzen Säulen zeigen die Ergebnisse dieser Zusammenfassung beider Salden. Wie erkennbar, wird die kapitalbedingte krasse Umverteilung zugunsten der Gruppe C durch das BGE in allen drei Fällen nur abgemildert. Selbst bei einer Halbierung der Zins- und Renditegrößen würden diese Umverteilungseffekte lediglich halbiert, aber nicht aufgehoben!

ten» und deren Finanzierung über höhere Staatsverschuldung und damit höhere Zinslasten von der Allgemeinheit bezahlt werden, bis hin zu unseren Kindern und Kindeskindern!

Im Hinblick auf die Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens gibt es außerdem eine kritische Grenze, an der der unverzicht-

kann, überwunden wird.

Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« (2001). Im Jahr 2004 sind »Die 29 Irrtümer rund ums Geld« erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.

Die sozial positiven Wirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens werden durch die kapitalbedingten Einkommensströme aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt.



Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 € gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- ☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 2 € Versandkosten.
☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 2 € / ab 10 € Bestellwert frei – die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Rettungspakete: normal, erweitert und extra

Echte Rettungspakete

voller grundlegender
Informationen zu den Ursachen
der Finanzkrise – zum Lesen,
Hören und Anschauen.

- Standpunkt 2 »Fließendes Geld«
- DVD »Der Geist des Geldes«
- CD »Das Wunder von Wörgl«
- Broschüre »Perspektiven fließenden Geldes« (normal & extra)
- Buch »Neues Geld – neue Welt« (erweitert & extra)

• DVD »Der große Ausverkauf« (extra)
»normal« für 15 €, »erweitert« für 25 €,
»extra« für 40 €



NEU!

Postkarte Rettungspaket

Mit ihren Rettungs- oder Konjunkturpaketen will die Regierung der Rezession begegnen. »Konjunkturgerechte Wachstumspolitik« nennt sie das. Auch in der Krise fällt den Politikern nichts Besseres ein, als immer weiteres Wachstum zu fordern und neue Schulden zu machen.

Die INWO setzt sich für ganz neue Spielregeln beim Geld ein. Mit der Umverteilung von Arm nach Reich und dem zerstörerischen Umgang mit der Natur muss endlich Schluss sein! Wir fordern ein Geld, das allen Menschen dient und ein nachhaltiges, menschenwürdiges Wirtschaften erlaubt. Helfen Sie mit, unsere Ideen weiterzuverbreiten. Fordern Sie unsere neuen Postkarten an und verteilen Sie sie in Ihrem Bekanntenkreis. Mit der Karte kann unser alternatives Rettungspaket bestellt werden, das Informationen über die FAIRCONOMY enthält.

50 Stück für 2 € Versandkosten – für Mitglieder versandkostenfrei!



Der Schatz von Wörgl

Der Comic zur Finanzkrise des Dresdner Zeichners Andreas Wehrheim ist auf Initiative der INWO-Regionalgruppe Dresden in den vergangenen Jahren entstanden. Auf 28 farbigen Seiten wird die berühmte Geschichte des »Geldwunders von Wörgl« erzählt – in einem auch für junge Leser sehr ansprechenden und unterhaltsamen Stil.

Verlag Holzhof, 28 Seiten,
vierfarbig, 5 €



NEU!

Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Das Buch basiert auf dem 1989 im Eigenverlag veröffentlichten Titel »Zinswahnwitz«. Es wurde komplett überarbeitet, erweitert und durch neue Fakten und Grafiken ergänzt.

Signum Verlag 2006, 180 Seiten,

11 Grafiken, 19,90 €



Andreas Eschbach:

Eine Billion Dollar

Der Sohn eines armen New Yorker Schuhmachers italienischer Abstammung erbt unerwartet ein Vermögen, das ein entfernter Vorfahr, ein florentinischer Kaufmann, im 16. Jahrhundert hinterlassen hat – ein Vermögen, das in fast 500 Jahren auf über eine Billion Dollar angewachsen ist! Raten Sie mal, wodurch ... Der Erbe dieses Vermögens, verheißt das Testament, werde einst der Menschheit die verlorene Zukunft wiedergeben. Nur wie?

Taschenbuch 887 Seiten, 9,95 €,
Hardcover 734 Seiten, 23 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02,
E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!